

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jeden Werktag. Abonnementspreis mit Illustr. "Volk u. Zeit" frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 15 Reichspf. Einzelverkaufspreis 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion
Fernruf 926 nur Geschäftsstelle

Angelpreis für die achtgesparte Zeitung oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Verkäufungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle
Fernruf 905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 69

Dienstag, 23. März 1926

33. Jahrgang

Es geht etwas vor

Regierungsteitelmechel mit den Deutschnationalen

S. Lübeck, 23. März.

Es geht etwas vor in der deutschen Politik. Nicht im Plenum des Reichstages, wo im Augenblick hohe Politik gemacht wird. Dort verläuft alles programmatisch, ja in ganz unprogrammatischer Ruhe. Die Rede Stresemanns war vielmehr nach London und Paris gerichtet als an die deutschen Abgeordneten und Westarp's Erwiderung war nach übereinstimmenden Besichten außerordentlich matt. Nicht einmal zu einem Misstrauensantrag hat sich die mutige deutschnationale Opposition aufgeschwungen. Allein Herr v. Graefe, das Enfant terrible der Nationalisten, gab durch ein paar törichte Zwischenfälle Stresemann den erwünschten Auslaß, sich in den Brustton der Überzeugung zu werfen, der ihn so gut kleidet.

All die unangenehme Geister Angelegenheit wird in Deutschland keinesfalls mehr als die sozialen vorschriftsmäßigen Wahlen aufwerfen. Inzwischen braut sich aber an anderer Stelle, nämlich im Steuerausschuß ein Gewitter zusammen, das, einstweilen kaum bemerkt, doch ganz andere Wirkungen haben kann, als der Theaterdonner im Plenum.

Das Programm des neuen demokratischen Finanzministers Reinhold ist bekannt. Es lautet auf eine kurze Formel gebracht: Allgemeine Steuerherabsetzung. Ein Programm, das einen Finanzminister im allgemeinen beliebt zu machen pflegt. Wir standen zwar von vornherein seinen Absichten nicht uneingeschränkt freundlich gegenüber. Der weitere Abbau der Besteuerung, deren Milde bereits im Bericht der Daweskommission höchst aber schärf kritisiert wurde — insbesondere die Haftpflichtigkeit der Erbschaftsteuer ist ein internationales Unikum — schien uns ein bedenkliches Experiment. Immerhin, unter der Voraussetzung, daß die bei den sozialen Leistungen des Reiches unbedingt durchgeholt würden, war unsere Fraktion bereit, im Prinzip mitzugehen. Eine nicht sehr weSENTLICHE Differenz bestand noch hinsichtlich der Umsteuer, der unsozialsten und wirtschaftsfeindlichsten aller Steuern. Der Reichsfinanzminister wollte sie zunächst auf 0,6 Prozent herabsetzen, die Sozialdemokratie verlangte sofortige Herabsetzung auf 0,5 Prozent und baldige vollkommene Beseitigung.

Gestern gab es im Steuerausschuß nun eine plötzliche Überraschung. Die Regierung hatte sich hinter dem Rücken der Sozialdemokratie mit den Deutschnationalen, die selbstverständlich von Anfang an für eine noch stärkere Senkung der Besteuerung und gegen eine Milderung der Massensteuern waren, geeinigt. Und zwar in 3 Punkten, mit denen unsere ahnungslosen Vertreter überrascht wurden: 1. Die Wein- und Schamsteuer soll vollständig beseitigt werden. 2. Die im Vorjahr beschlossene und in den neuen Etat eingeführte Biersteuer soll fallen. 3. Dieser Fehlbeitrag soll wieder aus der Umsteuer herausgeholt werden. Kein rohdärfiler Abbau, wie die Sozialdemokratie will, auch nicht 0,6 Prozent nach dem Regierungsvorschlag, sondern 0,75 Prozent.

Diese drei Vorschläge sind u. E. sehr verschieden zu beurteilen. Am ehesten liege sich noch über das Verschwinden der

Weinstuer reden; denn die Winzer an Rhein und Mosel leiden tatsächlich Not. Allerdings scheint uns gerade dieser Weg, ihnen zu helfen, nicht der richtige. Völlig unberücksichtigt ist dagegen die Aufgabe der Biersteuer. Denn, leider, was die Brauereiindustrie im letzten Jahre fast der einzige Industriezweig, der ungeheure Gewinne herausgewirtschaftet hat. So berichtet die „Berliner Kindbrauerei A. G.“ über eine Absatzsteigerung von 70 Prozent, und sie ist in der angenehmen Lage 18 Prozent Dividende verteilen zu können. Die „Brauhaus Nürnberg A. G.“ verteilt 12 Prozent Dividende und ähnlich sieht es in dieser ganzen von den Deutschnationalen und der Bayrischen Volkspartei besonders begünstigten Industrie aus. — Das tollste Stück jedoch ist die Erhöhung der Umsteuer, deren Last auf allem Konsum, auf Milch, auf Brot, auf Kleidung liegt, und über deren Schädlichkeit unter allen Wirtschaftssachverständigen nur eine Meinung herrscht.

Über dieses neue Steuerrecht wäre noch manches kräftige Wörterl zu jagen; für heute aber steht ein anderes im Vordergrund: Die eigenartige Tatsache, daß der demokratische Finanzminister, zweifellos unter Mithilfe seiner Ministerkollegen, vor allen Wünschen der Deutschnationalen kapitulierte hat, ohne den Sozialdemokraten auch nur einen Ton zu jagen.

Jetzt versteht man auch die weise Mäßigung des Grafen Westarp; jetzt versteht man, warum die Deutschnationalen großmütig auf ein Misstrauensvotum gegen Luther und Stresemann verzichteten.

Sie hatten ja von Anfang an vor, nur so lange außerhalb der Regierung zu bleiben, bis die anderen Deutschland in den Völkerbund einzschließen würden, um dann wieder stolz mitzufahren. Der Misserfolg von Genf hat ihnen das Konzept etwas verdorben; aber weiter wollen sie nicht länger; denn sie haben noch andere Dinge vor, Getreidevalorisation oder mehr, woran auch noch näher zurückzukommen ist.

Offenbar sind sie schon wieder tüchtig im Gange mit ihrem alten Kumpen Dr. Luther; und, wenn nicht alles trügt, auch mit anderen Mitgliedern des Kabinetts. Herr Kühl, den Innerminister, wollten sie ausschaffen, um den Polen wieder für sich frei zu machen; mit Herrn Reinhold, dem Finanzminister, sind sie handelseinig geworden. Oder weiß jemand eine andere Erklärung für diesen sachlich völlig unlösbaren Umfall des Reichsfinanzministers?

Man kann also noch allerlei Überraschungen erleben in den nächsten Tagen. Vielleicht wieder ein bisschen Regierungskrise — wir haben ja so lange keine gehabt, und es war doch so schön.

Unsere Vertreter haben sich einstweilen ihre Entscheidung vorbehalten. Wir dürfen von ihnen erwarten, daß sie sich fest und unangreifbar zeigen. Sie haben die Regierung vor die klare Frage zu stellen: Mit wem wollt Ihr regieren, mit den Deutschnationalen oder mit uns? — Entscheidet Euch bitte. Zu dem Spiel, das Herr Stresemann so schätzt, außenpolitisch mit uns und wirtschaftspolitisch mit dem Großkapital gegen uns, dazu darf und wird die Sozialdemokratie ihre Hand nicht bieten.

würdigen, aber er berichtet doch, daß er „fast betrübt“ gewesen sei in seiner glänzenden Einsamkeit.

Wir gönnen dem Glücklichen diese luxuriösen Genüsse von Herzen; aber wir können ihm nicht beipflichten, wenn er dieses Arrangement der Russen als „klug“ bezeichnet. Für so dummkopfisch, so offen zu zeigen, wo sie Anschluß suchen, hätten wir sie nämlich nicht gehalten.

Die Bolschewiki als Schmittmacher der Generalanzeiger-Presse — ist das nicht ein kostlicher Witz? Vielleicht begegnet uns der neu erkorene Führer des Lübecker Proletariats demnächst mit dem toten Sowjeten am Generalsbande. Wir gratulieren im voraus.

15 Millionen?

Berlin, 22. März. (Sig. Drahiver.)

Die bisher vorgelegenen amtlichen Zahlen über das Volksbegehren aus Groß-Berlin und sieben Wahlkreisen sind am Montag durch das vorläufige amtliche Ergebnis aus Württemberg erhöht worden. Die Addition der Ergebnisse aus diesen acht Wahlkreisen von 35 ergibt nach der vorläufigen amtlichen Zählung rund 4750 000 Einzeichnungen.

Es stehen noch die Ergebnisse von 27 Wahlkreisen aus, in den nach den vorläufigen amtlichen Schätzungen durchschnittlich 35 Prozent aller Wahlberechtigten dem Volksbegehren folge geleistet haben sollen, sodaß voraussichtlich die bisher erwartete Stimmenzahl von 12 Millionen noch wesentlich überschritten wird. Die unverbindlichen Schätzungen des Reichswahlamtes haben die Zahl von 15 Millionen Einzeichnungen als wahrscheinlich ergeben.

Stresemanns Regierungsbereich

Mitte außenpolitische Debatte im Reichstag

182. Sitzung vom Montag, dem 22. März.

Das Haus ist stark besetzt; die Tribünen sind überfüllt. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr. Auf der Tagesordnung liegen die Haushalte des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes. Auf Antrag des Abg. Guérard wird beschlossen, die Anträge und Interpellationen, die sich auf die Vorgänge in Genf beziehen, mit dieser Beratung zu verbinden. Entgegen den Erwartungen verzichtet der Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses Abg. Höchst (Dtl.) nicht auf das Wort. Seine Ausführungen bleiben zum großen Teil unverständlich. Der Berichterstatter zum zum Haushalt des Reichskanzlers Abg. Taubadel (Soz.) verzichtet unter Beifall des Hauses auf das Wort.

Als erster Redner nimmt das Wort

Reichsaußenminister Dr. Stresemann:

Aus der Vorgeschichte der Genfer Verhandlungen ist besonders bemerkenswert, daß der Völkerbundstaat, als gleichzogene Körperschaft im Februar 1925 den Wunsch ausprach, mit Deutschland im Rat zusammenzuarbeiten. Deutschland hat sich nach Überwindung schwerer grundsätzlicher Bedenken zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen, aber es hat sich selbst nicht dazu gedrängt.

Zweimal ist Deutschland gerufen worden;

eine Mal aus der Völkerbundversammlung 1924 heraus, das zweitemal auf Wunsch der Mächte, die den Locarnofrieden nur der Bedingung des Eintritts in den Völkerbund abschließen wollten. Daraus entstand die Pflicht dieser Mächte, von sich aus alles zu tun, was das Inkrafttreten der Locarnoverträge ermöglichte, nachdem sie selbst die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund als Kernstück der Locarnoverträge bezeichnet hatten. (So richtig!)

Um so seltsamer war, daß kurz nach dem Erjuchen Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund Mitteilungen austauschen, die davon sprachen, daß eine Rekonstruktion des Völkerbundes erfolgen soll, daß drei Mächte Anträge auf ständige Ratsätze erhoben, daß angeblich Versprechungen in dieser Richtung gemacht worden waren. Der deutsche Reichstag hat in seinem Auswärtigen Ausschuß am 19. Februar eine Erklärung dahin getragen, daß Deutschland entschlossen den geplanten internationalen Verhandlungen bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes Vorsitz auf einen Ratsitz ohne weitere Aenderung des Rates habe. Die Ansprüche Spaniens, Brasiliens und Polens fanden in diesem Kungeblatt starke Widerstände, am stärksten in den englischen öffentlichen Meinung. Die schwedische Regierung hatte der deutschen offiziell mitteilen lassen, daß sie gegen jede Vermehrung der ständigen Sitze im Rate, die über die Aufnahme Deutschlands hinausginge, auch dann stimmen würde, wenn sie mit diesem Standpunkt allein bliebe. Die deutsche Delegation konnte daher mit dem Gesetz nach Gericht rufen, daß tatsächlich die Entscheidung in der Aenderung des Rates über den deutschen Sitz hinaus negativ ausgefallen sei.

Die deutsche Regierung hat, als andere Tendenzen bekannt wurden, auf das schärfste ihren Standpunkt gewahrt. Auf Anregung Chamberlain's fand dann jene erste, zugleich entscheidende Sitzung der Rheintaldelegation in Genf statt. Durch den Sturz Briands wurde die Situation erübt. Aber die Aufsicht einer lokalen Organe in Deutschland, daß der Sturz des Kabinetts Briand in diesem Augenblick ein Mandat sei (Sozialistisch rechts), ist aboliert unabbalbar. Die deutsche Delegation hat keinen Zweifel darüber, daß für sie eine Vermehrung der ständigen Ratsätze im Zusammenhang mit der Tagung des Völkerbundes für die Aufnahme Deutschlands die Jurisdiccion des Ausschusses im Gefolge haben würde. Wir verlangen, daß in dieser Tagung nur Deutschland einen Ratsitz erhält.

Gegen eine eventl. spätere Vermeidung der Sitz konnten wir uns nicht erklären.

Deutschland konnte nicht sagen: Wenn ich im Völkerbundrat bin, dann schließe ich die Tür zu gegen jeden, der dann etwa noch hinein will!

Wenn wir sogar das angebotene Opfer Schwedens zurückwiesen, so muß ich fragen, ob eine andere Delegation hätte mehr tun können. (Rufe rechts: Abreisen!) Die Situation war so, daß nicht Deutschland vor der Tür stand und wartete, sondern daß die an Locarno nicht beteiligten Völkerbundmächte 10 Tage lang auf die Völkerbundversammlung warten mußten, weil vorher die Locarnomächte mit Deutschland verhandelten. Die übrigen vertraten den Standpunkt, der Völkerbund ist doch nicht allein der Locarnomächte wegen da, sondern Locarno muß in den Völkerbund eingebaut werden. Leider kreuzte sich die Zustimmung der Locarnomächte an Deutschland mit

Zusagen wahrscheinlich nicht vertragsmäßiger Organe an andere Staaten.

Neben die Schwierigkeiten, die sich Spanien wegen seiner Wünsche entgegenstellte, war dieses Land so tief geträumt, daß es sich aus dem Völkerbund zurückziehen wollte; vorher aber, so erklärte es, würde es gemäß seinem Versprechen und dem ihm gegebenen Wort für den ständigen Ratsitz stimmen. (Lebh. Befall) Brasilien glaubte eine andere Stellung einzunehmen zu können. Es hat damit die Verantwortung für den Verlauf der Genfer Tagung auf sich genommen. Nach dieser Stellungnahme Brasiliens war das Hauptthema das, ob durch diesen Stoff des Völkerbundes auch die Locarnopolitik einen Stoss erleiden sollte.

England und Frankreich brachten uns gegenüber zum Ausdruck, daß da Deutschland kein Verfeindet dafür treffe, daß es jetzt dem Völkerbund noch nicht angehört, das Verhalten ihm gegenüber bezüglich der Locarno-vereinbarungen und der Rück-

Wer ist der Führer des Lübecker Proletariats?

Die Frage ist etwas seltsam. Sie wurde akut dadurch, daß die Herren Dobronitski und Korobotschkin, die Vertreter der proletarischen Sowjetrepublik in Hamburg einen Generalstreik abberufen wollten, um mit den hervorragendsten Vertretern der Hanse- und Hafenstädtische Fühlung zu nehmen. Auf Lübeck entfiel dabei ein (in Zahlen 1) Vertreter. Wer war der Glückliche, der sich dort im Kreise der „Prominenten“ sonnen durfte? Vielleicht Herr Rosch, der Führer der Lübecker Kommunisten und zweiter stellvertretender Vorsitzender der Lübecker Bürgerchaft? — Er war nicht geladen. Vielleicht, weil er nicht immer genau die vorschriftsmäßige Gesinnung befandet, vielleicht — wer weiß. Aber Herr Kann, der doch in der Bürgerschaft, mag nun vom Alstertor auf der Untertrave oder von dem neuen Ziegenvogelschöpf die Rede sein, keine Gelegenheit verpaßt, die innige Freundschaft mit Rosch als einziges Ziel für Lübeck zu preisen, — auch auch ihn hatte man nicht gewollt.

Nun, wir wollen den geneigten Leser nicht weiter auf die Folter spannen; erraten würde doch niemand, daß der hervorragende Vertreter Lübecks in den Augen der Allerrevolutionären — Herr Thiele ist, der Chefredakteur des Lübecker Generalanzeigers. Er allein war der Auserwählte; allerdings so ganz wohl war dem verehrten Kollegen anscheinend doch nicht dabei, denn er weiß zwar den russischen Rotspion und Karat geführend zu

wirkungen so eingerichtet werden müsse, als wenn Deutschland die Sache im Völkerbund wäre.

Wie standen dann vor der eigenartigen Situation, daß das einzige Ergebnis der Völkerbundssitzung das war, daß fast einstimmig das Vertrauen darüber zum Ausdruck gebracht wurde, daß Deutschland noch nicht in den Völkerbund aufgenommen sei.

Briand stellte den Antrag, Deutschland bei nächster Gelegenheit in den Völkerbund aufzunehmen, und dieser Antrag fand einmütige Zustimmung. Gegenüber der idealen Aussöhnung vom Völkerbund haben wir aber erlebt,

dass innerhalb des Völkerbundes auch starke eigene Interessen sich gegenüber den allgemeinen Interessen gestellt machen. (Abg. Russ rechts.)

Wenn aber der Völkerbund ein Ziel hat, dann muss es das Ziel der Universität sein. Wenn er diesem Ziele so stark näherkommen könnte, wie dies durch die Aufnahme Deutschlands geschieht, so müsste er die moralische Autorität beibehalten, diesem Ziele alles andere unterzuordnen. (Lebh. Schr richtig!) Schröder denkt die Sache wie ich habe das erkannt. (Beifall.) Von allen, die von Schuld sprechen, hat niemand die Schuld bei Deutschland genugt. Gerade diejenigen, die eine starke Stellung Deutschlands im Völkerbund wünschen, kennen doch nun dieses Scheitern nicht als eine Niederlage Deutschlands und der deutschen Delegation hinstellen. Eine Politik ist doch nicht deshalb falsch, weil sich ihrer Durchführung Schwierigkeiten entgegenstellen.

Von diesem Gesichtspunkte aus müssen mit diesen Kampfsachen, und

wir können nicht den Völkerbund, der sich jetzt einmütig für die Aufnahme Deutschlands aussprach, verantwortlich machen für das Fehl einer einzigen Wacht. (Schr mehr!)

Der Außenminister hebt dann hervor, daß unter Aufgabe der sonst für die Aufnahme eines Staates in den Völkerbund vorgeschriebenen Bestimmungen die erste Kommission beschließen sollte, von jeder Befragung Denkschriften einzugeben und lediglich einstimmig zu erklären, daß Deutschland seine internationalen Verpflichtungen erfüllt habe. (Lebh. Schr. hört.) Um diese Anerkennung haben wir jahrelang gekämpft.

Man muss hervorheben, daß der Ausdruck „Siegerstaaten“ jetzt viel weniger gebraucht wird als je. Die Völker haben erkannt, daß aus dem Weltkrieg niemand glücklich herausgegangen ist, und daß es gilt, die gemeinsamen Interessen gemeinsam zu wahren. Mit dieser Auffassung ist logisch eine andauernde weitere Besetzung der zweiten und dritten Zone nicht zu vereinbaren. (Lebh. Schr richtig!) Hier liegt das große Ziel, das wir zu verfolgen haben. Auch da ist eine Änderung des Denkens auf der anderen Seite vor sich gegangen.

Briand hat auf Anfrage in der Kammer erklärt, daß ich nicht hätte, wenn ich den Verfaßter Vertrag dahin auslege, daß, wenn Deutschland keine internationale Verpflichtungen erfüllt hat, eine Besetzung der Besatzungszone eintreten müßt.

Ss ist noch nicht lange her, daß wir ganz andere Worte aus der französischen Kammer gehört haben. (Abg. v. Graefe [Büff.]: Das sind ja nur Worte!) Wenn es nur Worte wären, dann wäre Köln heute noch besetzt und nicht geräumt. (Beifall links. — Abg. v. Graefe: Daran hätten wir längst ein Ende gemacht!) Sie befinden sich sonst Herr v. Graefe, immer auf die Wacht, nur wenn es Ihnen in den Kram geht, auf das Recht. (Schr gut! links. — Abg. v. Graefe ruft: Sie meinen Zeichenpfeilkunststückchen!) Dr. Stresemann schlägt erregt mit der Faust auf den Tisch und ruft gegen den Abg. v. Graefe: „Ich weise die Unverschämtheit zurück!“

(Von der Linken kommen drohende Rufe gegen den Abg. v. Graefe. — Präsident Löbe ruft den Abg. v. Graefe zur Ordnung und erklärt, auch die Antwort des Ministers habe nicht der parlamentarischen Ordnung entsprochen.)

Minister Dr. Stresemann führt fort: Seit 1919 ist die deutsche Außenpolitik nur darauf gerichtet, die Bedrückungen Deutschlands zu vermindern, von außen zugleich zu erschöpfender Verhältnissen zu kommen. Eine endere deutsche Außenpolitik ist bei der Lage Deutschlands nach dem verlorenen Kriege gar nicht möglich. In jeglicher Wiedergabe des Geschehens werden wir fortsetzen, an einer Veränderung der deutschen Bedingung zu arbeiten. Die Regierung hat, daß sie bei dieser Politik die große Macht des neuen Reiches hätten soll haben und. (Lebhafte Beifall, Händeschütteln in der Nähe, Zischen rufen. — Redner Abg. Dr. Briand erhob sich und begleitete den Abg. Dr. Stresemann.)

Abg. Graf Weizsäcker (Dip.): Das am der Spitze der Radikalpartei stehende Sozialdemokratische Vorsitzende Dr. Stresemann hat uns freut machen. Er meint wohl, die Ministerrede sei sozialdemokratisch genug gewesen. (Schr gut! rechts. — Abg. Dr. Stresemann: Ich habe Ihnen jedenfalls einen guten Eindruck verschafft — Hinterher!) Wie müssen entsprechend den Vertrag zurückzuführen, den Abspann der beiden Verhandlungen als einen Erfolg Deutschlands hinzuholen. Uns fehlt für die Ausführung des Außenministers jedes Verständnis. Mit Empörung erfüllt uns, was Deutschland in Genf angekündigt worden ist. Das Ergebnis der Genfer Verhandlungen ist die Rolle der neueren Politik Dr. Stresemans und Dr. Briands. Zuletzt Vertrag, das Schrift und die Verantwortung dieser beiden dualen Politiken zu trennen, wollen wir ab. Gemeint ist mir, die Arbeit der beiden Herren, gemeinsam in der Erstellung solcher Dokumente, um in ihnen die Vereinbarung. Wir leben in einer neuen politischen Zusammenarbeit, einer Zusammenarbeit höherer Maßstäben der Völkerbundspolitik. (Beifall — Stresemann.)

Wir aufklären das Verfahren der beiden dualen Politiken, die das Leben in der Welt verhindert haben. Der letzte Grund für die Genfer Konferenz ist in Locarno gelöst. Damals wurde Locarno unter den Räumen des Reichstags-Volks eine Parole gemacht. In der Locarno-Vertragszeit haben die deutschen Vertreter davon nichts gewusst. Die massiven Gewaltmaßnahmen der Diktaturen wurden nicht gehabt. Briten und Franzosen haben die anderen Völker an Deutschland gefordert. Die Katastrophe und die deutsche Niederlage von Genf ist auf die Selbstverhinderung der beiden dualen Politiken zurückzuführen. Der Rektor bestand eingehend die Vorwürfe in Genf und seit der zweiten Delegation vor, daß es sich um eine Völkerbundspolitik handelt. Es betrifft das Deutsche Reich und Frankreich und schafft, daß es zu Solchen gewalttätigen Überlieferungen führt, welche Sorge überzeugend und bedeutsam gegen konträre Worte zu treiben.

Der Rektor und der Rektoratsherr hat nicht mehr die gesuchte Unterstützung für die kommenden Verhandlungen des Sommers.

Der von Briand und Stresemann empfohlene Weg in den Völkerbund hat bis jetzt als falsch erkannt. Nochmals ist leider die Zustimmung des Deutschen Reichstagsgeklagtes. (Schlechter Beifall rechts.)

Abg. Graf Weizsäcker (Dip.) bezeichnete diejenigen als die Schuldigen an dem Mißerfolg in Genf, die gegen den Kompromiss von Genf eintraten, aber verloren hätten, dass es zum einen Welt gab, die kein Vertritt wünschte, sondern ja. Die Reichstagsdelegationen haben ja nicht ihre Freiheit, die Freiheit, die Freiheit gehabt. Und das ist Locarno habe nicht gesagt, denn auch ich einen gewissen Offenheit, eine Klarheit, die er nicht. Die Regierung habe ihrer Erfahrung, das sie die größere Freiheit verlangen wolle, und nach der Befreiungskriege die Friedenszeit eingehen sollte. Trotzdem ist festgestellt, daß die Sitzungen der Reichstagsdelegationen in Genf den Deutschen Reichstagsdelegationen zu

Die Delegierten in Schlesien (Dip.) haben es für unabdingbar, daß das Vertragsziel von Locarno mit einem ge-

Der Wortlaut des Londoner Arbeitszeitabkommen

Die Gewerkschaften nahmen noch nicht Stellung

Das parolierte Londoner Arbeitszeitabkommen hat, wie wir an maßgebender Stelle erfahren, in seinen wesentlichsten Teilen folgenden Wortlaut:

Art. 1. Es besteht Einverständnis darüber, daß das Ueber-einkommen auf alle gewerblichen Betriebe anzuwenden ist, gleichviel, wie groß die Zahl der beschäftigten Personen ist, ausgenommen die in Art. 2 bezeichneten Familienbetriebe. Es besteht Einverständnis darüber, daß der Dienst der Post, der Telegraphie und der Telephonie im eigentlichen Sinne nicht unter das Ueber-einkommen fällt, daß aber Bau-, Unterhalts-, und Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten hinsichtlich der Post, Telegraphen und Telephonanlagen darunter fallen.

Art. 2. Es besteht Einverständnis darüber, daß Arbeitszeit die Zeit ist, in der der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer zur Verfügung steht und daß sie nicht die Ruhepausen umfaßt, während deren der Arbeitnehmer nicht zur Verfügung des Arbeitgebers steht und die gemäß Art. 8 bekannt gemacht sein müssen.

Art. 5. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Bestimmungen des Art. 5 auf das Baugewerbe angewendet werden können.

Art. 6a. Der Ausdruck Arbeitsbereitschaft darf nicht zu weit ausgedehnt werden. Er findet nur Anwendung auf Postamt, Wichter, Feuerwehrleute und andere Arbeitnehmer, deren Arbeit nicht der Gütererzeugung im engeren Sinne dient und deren Beschäftigung ihrer Art nach lange Zeitabschritte umfasst, in denen von den Arbeitern weder eine wirkliche Arbeit noch eine anstrengende Auflaufsamkeit verlangt wird, sondern während deren sie an ihrem Platz bleiben müssen, um im Bedarfsfalle eingesetzt zu können.

Art. 6b. Es besteht Einverständnis darüber, daß es zur Zuständigkeit der Gesetzgebung jedes Landes gehört, für die nach Art. 6b zu leistenden Überstunden eine Höchstzahl festzulegen. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Verpflichtung, die das Ueber-einkommen zur Zahlung eines Lohnzuschlags auspricht, sich lediglich auf die in Art. 6b vorgesehenen Erziehungsfürden bezieht. Der Mindestbetrag für den Lohnzuschlag von 25 Prozent, der im Artikel 6 vorgesehen ist, ist zwingend vorgeschrieben.

Woche von 5 Tagen. Um die Arbeitszeit in einer Woche auf 5 Tage oder in zwei Wochen auf 11 Tage verteilen zu kön-

nen, ist es zulässig, einen Plan über einen längeren Zeitraum als die Woche in ähnlicher Weise aufzustellen, wie es in Art. 5 vorgesehen ist. Dabei wird vorausgesetzt, daß die durchschnittliche Arbeitszeit 48 Stunden in der Woche nicht übersteigt.

Wöchentlicher Ruhetag. Es besteht Einverständnis darüber, daß Arbeit über 48 Stunden wöchentlich hinaus, die ihrer Art nach an dem wöchentlichen Ruhetag notwendig ist (soweit sie nicht unter die Artikel 2c, 3, 4 und 5 des Ueber-einkommens fällt) entweder als Arbeitszeit, die unter die wöchentlichen Vorschriften über den wöchentlichen Ruhetag fällt oder als Arbeitszeit, die unter die Bestimmungen des Artikels 6 fällt, zu behandeln ist.

Eisenbahnen. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Eisenbahnen außer das Ueber-einkommen fallen. Sowohl Artikel 5 und Artikel 6a für die Bedürfnisse der Eisenbahnen nicht genügen, können die notwendigen Überstunden nach Artikel 6b angeleistet werden.

Nachholung ausgeschaffener Arbeitszeit. Es besteht Einverständnis darüber, daß, wenn Staaten die Nachholung derjenigen von Feiertagen ausgefallenen Arbeit nicht über 8 Stunden wöchentlich hinaus gestatten, diese Arbeitszeit unter die durch Artikel 6 vorgeschriebene Höchstzahl von Überstunden fällt und für die in diesem Artikel vorgeschriebene Überstunden aufzulagern bezahlt werden muß. Ausserdem ist die Nachholung allgemeiner nationaler Feiertage und bezahlten Urlaubs.

Art. 11. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Regierung den Artikel 14 in seinem Wortlaut in die Landesgesetzgebung aufnimmt. Zwischen: Ferner ist man darüber einig (von Seiten des Vertreters von Großbritannien nur vorläufig), daß von Artikel 14 nur im Falle einer Krise Gebrauch gemacht werden darf, die die nationale Wirtschaft so stark trifft, daß die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung bedroht sind. Dagegen kann eine Wirtschafts- oder Handelskrise, die nur einzelne Wirtschaftszweige betrifft, nicht als eine Gefährdung der Staatsicherheit angesehen werden und daher die Auflösung des ratifizierten Abkommens nicht rechtfertigen.“

Um möglicherweise Stelle betrachtet man das Ergebnis der Londoner Verhandlungen als einen gewaltigen sozialpolitischen Schritt vorwärts. Man ist der Auffassung, daß das Washingtoner Abkommen nunmehr für Deutschland durchaus tragbar geworden ist und von den an der Konferenz beteiligten Ländern alsbald ratifiziert werden wird. *

Die Gewerkschaften werden sofort nach Bekanntgabe des amtlichen Textes zu den Londoner Vereinbarungen Stellung nehmen.

Der ewige Hanswurst

Berlin, 23. März. (Radio.)

Die Böllischen im Reichstag haben sich in ihrer vollen Ohnmacht einen neuen Scherz geleistet. Sie haben einen Antrag eingebracht, der der Regierung „das Vertrauen des Reichstages“ auspricht. Dieser Antrag wird bei der Abstimmung vorwiegend dadurch erledigt werden, daß das Haus über ihn zur Tagesordnung übergeht. Vielleicht bietet aber die Regierung selbst um Ablehnung des Antrages, da sie auf eine Vertrauensabstimmung seitens der Böllischen verzichtet.

Die bestrophenen Beamten

Gefährlicher Broter!

Die Spionageorganisation der Beamten, mit Ausnahme der höheren Beamten, haben nach der ablehrenden Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage der Besoldungsneuregelung eine gemeinsame Einigung an den Reichstag gerichtet. Die Organisationen weisen darauf hin, daß der Antrag des Haushaltsausschusses auf eine laufende Erhöhung vom Dezember des vergangenen Jahres durch eine einmalige Beihilfe erichtet wurde, weil der Reichskanzler in Arbeitsmangel der ab 1. April 1926 beabsichtigte grundfeste Besoldungsneuregelung vorerst nur eine einmalige Beihilfe für anzubringen hofft. Diese beabsichtigte grundfeste Besoldungsreform ist aber nunmehr zurückgestellt worden. Infolgedessen muß die ursprünglich mit der Reform geplante Erhöhung nur mehr zu dem voraussehbaren Zeitpunkt für sich vorgenommen werden, da die im Dezember von allen Fraktionen anerkannte Notwendigkeit einer einmaligen Aufbesserung auch heute noch in gleicher Umfangs bestehen und die mit der einmaligen Beihilfe bedachten Beamten der Besoldungsgruppen 1—4 ohne eine Gehaltsaufwertung im Reichsregierungsjahr 1926/27 ein geringeres Einkommen als im vergangenen Jahr haben. Dazu kommt, daß durch die im zweiten Halbjahr 1925 in allen Ländern eingetretene Erhöhung der Hundertssätze der gesetzlichen Miete das Einkommen der Beamten gedrückt wurde. In einigen Ländern werden bereits 100 Prozent der Friedensmiete gezahlt. Der vom Reichstag beschlossene Erhöhung des Hundertssatzes des Wohnungsbauzuschusses auf 100 Prozent ab 1. August 1925 ist die Reichsregierung nicht nachkommen. Weitere Erhöhungen der Hundertssätze der gesetzlichen Mieten allgemein im laufenden Jahr bevor. Das bedeutet eine weitere Einkommensverminderung für alle Beamten, die durch die zum 1. April 1926 vorgenommene Erhöhung des Hundertssatzes des Wohnungsbauzuschusses um nur 5 Prozent nicht ausgeglichen wird.

Angesichts dieser Tatsache ersuchen die Beamtenorganisationen den Reichstag, bei der bevorstehenden Verabschiedung des Reichshaushaltsgesetzes für eine Erhöhung der Hundertssätze zum Gut und Gehalt nicht nur der mit der einmaligen Beihilfe bedachten Beamten der Gruppen 1—4, sondern auch der anschließenden Gruppen einzutreten.

Wilhelm kauft ein neues Schloß

Berlin, 23. März. (Radio.)

Nach Pariser Blätterbehauptungen soll der ehemalige deutsche Kaiser wegen des Ankaufs des Schlosses Trebano bei Lugano verhandeln. Er habe die Absicht, sich später, wenn ihm erlaubt wird, Holland zu verlassen, sich in der Schweiz anzusiedeln.

Schweres Eisenbahnunglück in Sachsen

Dresden, 23. März. (Radio.)

Im Bahnhof Wölkisch der Strecke Niße—Elsterwerda kollidierten am Montag nachmittag zwei Züge zusammen. 3 Personen wurden sofort getötet, 8 schwer und 3 leicht verletzt. Das Unglück ist durch falsche Weichenstellung geschehen.

Wien, 22. März. (Eng. Drahtber.) Die Abreise des Bundeskanzlers Klemel nach Berlin erfolgt am Freitag abend über Passau, so daß der Bundeskanzler am Sonntag früh in Berlin eintreffen wird. In seiner Begleitung befindet sich der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Peter. Am 1. Montag nachmittags wird der Bundeskanzler vom Reichspräsidenten Hindenburg empfangen; im Berlau des Nachmittags soll eine Besprechung im auswärtigen Amt stattfinden.

Biophon

Alleiniges
Erstaufführungsrecht
Der große Sittenfilm
in 6 Akten

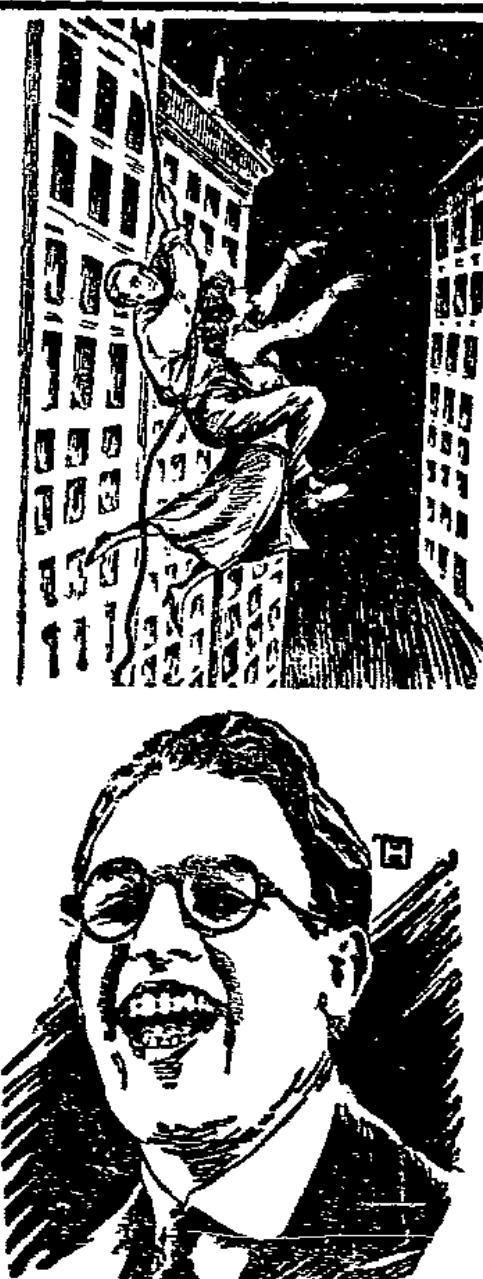


Alleiniges Erstaufführungsrecht!

Hutsch und die Banditen der Nacht!
Amerikanischer Sensationsfilm in 5 Akten

„Er“ auf der Fuchs-Jagd!
Groteske in 2 Akten

Tolles Lustspiel in 2 Akten



„Vamp“ Die Macht der Lülichkeit

Schnuggi als Chauffeur

Tolles Lustspiel in 2 Akten

Konfusausverkauf

Alfsstraße 23

Schokoladen aller Art, Überhasen, Keks, Bonbons usw. — Erhältliche frische Ware.
3730 Grünau, Konfusverwalter.

Reelle Qualitätswaren

Schicke Kleiderstoffe — Schärzenstoffe
Leinen — Filz — Tafeltt — Streitlin — Gabardine — Garnet — Mantelstoffer — Loden — Z. u. u. Leibwäsche — Vorhangsstoffe usw.

Elegante Herren-Konfektion:
Anzüge — Hosen — Jacken

Ein Posten 3726

Elegante Damen-Konfektion:
Kostüme — Mantel — Röcke usw.

Ehlers & Reelwisch

holstenstraße 1. St. Petri 2 u. 4.

Eleg. Damen-, Herren-, Kinder-Kleidung
und Schuhe usw.

Reelle Konfirmanden-Ausrüstungen.

10 DM zahlt Hersteller, wenn Riegelkarte nicht in 5 Minuten bei Mensch und Tier klappt, Filz, Kleider-
glöhe (Brau) vertrug. Seiter
Abbildungskarte gegen Waren.
Perfor. Zeige einer 1

Zur Konfirmation
und zu den Feiertagen empfehle:

Holsten-Edel (Deutsches
Pilsener)

Holsten-Tafelbier

das hervorragende Flaichenbier!

R. Cornelius
Fernspr. 438 Berlin, Bergstraße 20

Kolosseum

Morgen Mittwoch:

Großer Ball

Ballorchester:
Die Rich.-Wagner-Kapelle
Kassenöffnung 7 Uhr inl. d. Resk

Bommern-Verein

zu Lübeck

Gewinnlosste

unserer Tombola, zie-

hung vom 21. März 1926

3699

Sabotäder

erfüll. Marken

u. Anzahlung

j. 1. 1926

Johannas, J. 1. 1926

Ernst Schmidt

Rahmz. 53 (—)

14 28 56

78 107 137

159 165 166

223 239 393

491 533 619

665 681 712

747 774 820

893 911 961

1009 1048 1087

1148 1170 1191

1397 1423 1436

1617 1671 1706

1751 1752 1820

1868 1876 1950

1965 1990 2009

2020 2034 2036

2049 2057 2062

2131 2154 2160

2269 2303 2304

2404 2419 2424

2433 2463 2476

2527 2570 2617

2715 2727 2734

2759 2805 2813

2893 2898 2921

2910 2962 2972

2994 3004 3056

3068 3070 3071

3093 3101 3106

3126 3149 3171

3238 3250 3267

3321 3361 3365

3370 3375 3395

3458 3462 3463

3517 3549 3572

3601 3607 3648

3656 3706 3802

3844 3853 3862

3880 3935 3945

3966

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ oder Lachzeitung „Sipr“ gratis!

1/2 Kilo 50 Pf.



Rahma buttergleich

Man kommt gut aus auch in teuren Zeiten mit „Rahma-buttergleich“

9 Uhr

Fledermaus

Vorstellung u. Tanz

Solide Preise

Eintritt

50 Pf.

Sünder Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Die in der ordentlichen Generalversammlung vom 2. März 1926 beschlossene Dividende kann an den Wochentagen von morgens 9—12 und nachm. von 3—5 Uhr gegen Vorzeigung der Gutscheincheine im Kontor der Gen.-Bäckerei, Töpferweg 65, empfangen genommen werden.

3117 Der Vorstand.

NBL

Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.

Gemeinsame Sitzung von Vorstand und Kontrollausschuss am Freitag, dem 26. März, abends 7 Uhr im Geschäftsrat.

3711 Der Vorsitzende d. Kontrollausschusses.

Achtung

Bauarbeiter

Baudelegierten

Veranstaltung

am Mittwoch, 24. März,

abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Jede Baustelle muss durch einen Delegierten vertreten sein. (3714)

Der Vorstand

Deutscher Verkehrsbund

Ortsverwaltung Lübeck

(3716)

Besammlung

der Schauerleute

Mittwoch, 24. März,

abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

1. Wahl des Betriebsrates

2. Entlöschung der Feuerholzdampfer

Die Ortsverwaltung

Stadttheater Lübeck

Mittwoch 6.30 Uhr

Die Waltüre

Ende 10.30 Uhr

Donnerstag 8 Uhr

Die Durchgängerin

Lustspielneuheit!!!

Freitag 8 Uhr

Der Kreidekreis

Sonnabend 7.30 Uhr

Lohengrin

Für die Volksbühne

Kammerstücke:

Sonnabend 8 Uhr

Wettlauf mit dem Schatten

Luisenlust

Mittwoch: Gl. Sonnabend

Eintritt u. Tanz frei

BLUM

Der Staat in der Bürgerschaft

Die Selbstverwaltung der Schulen angenommen / Die allgemeine Aussprache

b. Lübeck, 22. März.

Nun ist der jahrelange Kampf um die teilweise Schulreform endlich beendet. Die Senatsvorlage über die Selbstverwaltung der Schulen, zu der sich der Senat nur schwer entschließen konnte, aber notgedrungen bequemen mußte, wurde in zweiter Lesung mit unmeinlichen Änderungen angenommen. Das Gesetz entspricht nicht unseren Forderungen, aber es ist angenehm, eine eminente Kraftprobe auszuhalten. Dieser gewöhnen zu sein, haben neben den Eltern in erster Linie die Lehrer zu erweisen. Obwohl in ihrer Mehrheit Anhänger des alten Obrigkeitstaates, wird ihnen jetzt ein Recht in die Hand gelegt, das sie von diesem niemals erhalten hätten. Den großen Fortschritt haben sie ausschließlich der zähen Arbeit der Sozialdemokratie und den parteigenössischen Lehrern zu verdanken. Was sonst noch mitging, tat es nicht aus reiner „Nächstenliebe“. Aber wir wollen dem Neugeschaffenen kein Vergessen auf den Weg geben. Wir zeigen das Vertrauen in die 375 Lübecker Lehrer, die die Bürgerschaft um Annahme des Kompromißantrages in letzter Stunde ersuchten, daß sie den rechten Weg finden und zum Wohle der Schule handeln. Denn um Schule und Kind geht es vor allem. Überflüssig zu sagen, daß die Kommunisten sich zum Schlusse recht kindisch gebärden und schmollend in den Ecken standen. Wenn bei diesen Allerweltspolitikern nicht gleich eine Sowjetlilie schließt, dann ist jede Reform für die Kaz und sie verschwinden mit Hausarbeitern, Deutschnationalen und Bölkischen in einem Tricht. Was festzuhalten ist.

Nach dieser zweistündigen Aussprache kam die Bilanz für den lübeckischen Staat zur Besprechung. Der Haushaltssplan für ein Staatswesen ist von erheblicher Wichtigkeit. In dem 97 Seiten starken Großquartband stehen Seite an Seite gereicht unendlich viel trockene Ziffern. Nicht für jedermann und nicht einmal für jeden Parlamentarier bis ins Letzte lesbar. Am ersten Tage — es sind noch 3 zur Beratung vorgesehen — sprach man nur über die Endzahlen. Für unseren kleinen Staat mit der großen Vergangenheit ganz ansehnliche Arabelsen: 29,6 Millionen Einnahmen, 27,7 Millionen Ausgaben, 1,9 Millionen Unausgeglichenes. Die Sprecher der vier Parteien, die am Montag zu Wort kamen, sie standen vor einer unausweichlichen Tatsache. Man merkte es ihren Reden an, daß hier nicht viel zu ändern ist. Denn wenn hier das Plenum vorgelegt erhält, das war der Extrakt nächster Beratungen verantwortlicher Männer des Haushaltsausschusses. Und doch wird nicht alles so glatt ablaufen. Denn der Haushaltssplan hat auch zur Untersage zwei neue, vorläufig dem Haushaltshaushalt überwiesene Steuergesetze: die Aufwertungs- und Gewerbesteuer. Der Senat wie die bürgerlichen Parteien kämpfen heute noch wie zu Bürgermeister Eschenburgs Zeiten um die Knebelung der Genossenschaften. Obwohl wir, wie unser Fraktionsvorsitzender Genosse Haut ausführte, alle Genossenschaften von der Gewerbesteuer befreit wissen wollen, sind die „modernen“ Wirtschaftler von dem Wunsche besetzt, hier den auf reiner genossenschaftlicher Basis ausgebaute Konsumvereinen eine Schlinge um den Hals zu legen.

Großjüngig, wie es ein allgemeiner Umtisch der Staatsgeschäfte erfordert, behandelte der lübische Finanzier, Senator Dr. Kaltbrenner, unseren Wettkauf mit dem Schatten im laufenden Jahre. Ein Wettkauf mit dunklen Mächten ist es, denn das 200 000 Mann starke Lübeck allein ist im Wirtschaftsgetriebe des 60-Millionen-Volkes nur ein Rädchen. Und die Deling dieser vielzähnigen Rundung ist verflucht teuer. Fast die Hälfte der Staatseinnahmen müssen für Beamte, Angestellte und Pensionen ausgegeben werden. Doch die Vereinfachungskonstrukteure wissen auch keinen Rat. Vielleicht hat die Handelskammer, die einen wissenschaftlich begründeten Steuernotschrei herausgab — die Redaktion hat ihn nicht erhalten — den mechanischen Abbau selbst betrieben. Soviel wir aus anderen Städten erfahren haben, hat die Wirtschaft wie ihre Vertretung entgegengesetzt gehandelt.

Um zur Sache zu kommen. Nach den von uns nicht zu bezweifelnden Angaben Dr. Kaltbrenners ist Lübeck bemüht, nach bester Kraft sich an der Suche nach einem Ausweg aus dem Elend zu beteiligen. Wie die Weiser des Senats deuten, das möge man aus dem Bericht ersehen. Wir freuen uns, daß Lübeck endlich an das große Weltjugend angegliedert wird, wir sind aber zweispältiger Ansicht mit dem Senat, daß er nun auf einmal mit den Vaterländischen Verbänden der Brüderlichkeit trinken und sie handwerklich betätigen lassen will. Nach der bisherigen loyalen Behandlung staatlicher Baugelder, wie sie Genosse Haut so treffsicher anführte, liegt gar kein Grund vor, diese krophulösen Gründer einzubeziehen. Diese Volkserneuerer bilden sich ein, das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, das aus den Großen kümmerlich entlohnter Proletarien zusammengeramscht ist, liege für ihre politisch durchsichtigen Zwecke parat und der lübische Staat müsse das Fehlende dazugeben.

Gen. Haut, der als Vorsitzender des Haushaltsausschusses den Staat gründlich kennt, rechnete mit diesen Sonderbündlern energisch ab. Im übrigen spezifizierte er den Haushaltssplan nach der rein wirtschaftlichen Seite, wie sich auch die übrigen Redner, Ewers von der Volkspartei, Kühl von den Deutschnationalen und Dr. Geister von der drei Mann starken Hausbesitzer-sonderorganisation sehr reserviert verhielten. Das sollte nicht aus, daß der Volkspartei den Sozialdemokraten glaubte Vorwürfe der Diäten wegen machen zu müssen, obwohl er seinerzeit dafür stimmte und wissen mußte, daß gerade die Bürgerschaftsmitglieder der Linksparteien für die Tätigkeit in der Bürgerschaft und den Kommisionen schwere Lohnabduktionen haben.

Drollig anzuhören war die Pastorenpredigt Kühls. Der Agitator der bürgerlich geeichten Kleinrentner lehnt Schwimmhalle und Theater glatt ab, ist aber für eine Gefrierfleischausstellungshalle, um dem in dieser Beziehung vorbildlichen Konsumverein Konkurrenz machen zu können. Dieser sinnbildliche Vertreter der Aufwertungspartei tanzte einen Ringelreigen, der einige Erheiterung in die ernste Gesetzesmaschinerie brachte. — Dr. Geister, der Hausbesitzeradjunkt, führte den üblichen Gieranz auf, ohne die Runde zu schließen. Das werden am Mittwoch seine Freunde von gestern besorgen. Vier Parteien kommen je halbstündlich zu Wort und dann wird dieser Schwan im einzelnen gerupft, wobei jedem Sprecher 10 Minuten zur Verfügung stehen.

*

Unter geschäftlichen Mitteilungen gibt der Wortsführer Chlers bekannt, daß an Stelle des nach Hamburg verzogenen Bürgerschaftsmitgliedes Merrettig Köster-Borwelt (Soz.) getreten ist. — Der Staatsanwalt will das Bürgerschaftsmitglied J. Hefti wegen Bekleidung des Malermeisters Sälosser belangen. Damit wird sich der Altestenrauschluß befassen. — Brüns (Soz.) bemängelt die unliebsamen Zustände an der Pflichtfortbildungsschule für Mädchen. Der Andrang zu der einjährigen Schulbüchse ist sehr groß. Es sind 320 Mädchen angemeldet, aber es ist nur für 170 Kinder Platz vorhanden. — Haut (Soz.) beantragt Überweisung an den Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft, um die Verhältnisse an der Schule gründlich zu untersuchen. Dem wird zugestimmt. — Weiter wird erneut Einspruch gegen die späte Zustellung der Bürgerschaftsvorlagen erhoben. — Ein kommunistischer Dringlichkeitsantrag über Herabsetzung der Mieten findet nicht die notwendige Unterstützung. — Der ständige Senatskommissar nimmt auf frühere Erstuchen aus der Bürgerschaft Bezug und betont, daß anlässlich der Amnestie nur ein einziger Fall von Vergehen gegen § 218/19 vorgetragen habe. Der Senat habe bereits zu Beginn des Jahres 1926 die bedingte Begnadigung nach Verkürzung der Hälfte der Strafe ausgesprochen. — Im Falle des Drehers Gladé habe der Senat ein Gnadenegeschick befürwortet, der Oberrechtsanwalt habe es aber abgelehnt. Im Falle Engelman, der wegen Hochverrats und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz bis zum Jahre 1927 eine Zuchthausstrafe zu verbüßen habe, ist ein Gnadenegeschick eingegangen, der Senat sei auch nicht in der Lage weitere Schritte in dieser Sache zu tun.

Selbstverwaltung der Schulen

(2. Lesung)

Hierzu liegt ein Antrag Kühl mit 14 Unterschriften auf namentliche Abstimmung vor. — Dr. Piel (Soz.) begründet eine neue Fassung des § 14 Abs. 2, wonach bei nicht erzielbarem Einverständnis über die Bevoelkerung am Unterricht die Eltern durch den Elternrat die Entscheidung des Lehrkörpers verlangen können. — Dr. Wittchen (Wölf.) polemisiert gegen diese Fassung wie gegen diejenige verschiedener anderer Paragraphen. — Eine Anfrage von Ehrlich (DR.), ob durch die Einführung der Selbstverwaltung weitere Aufsichtsbeamte notwendig würden, wird vom Senat einstweilen verworfen. — Schmidt (Komm.) macht die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Gesetz von der Annahme eines von ihr gefestigten Abänderungsantrages über das Recht der Bevoelkerung der Eltern am Unterricht abhängig. — Die Fassung dieses Paragraphen wird nach dem soz. Vorschlag angenommen. Ebenso finden einzelne Abänderungsanträge Dr. Witters Annahme. — Die Senatsvorlage wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 27 Stimmen angenommen.

Die Generaldebatte zum Haushaltssplan

Was der Finanzsenator sagt

Senator Dr. Kaltbrenner: Der Haushaltssplan für 1926 steht unter dem Zeichen der Not. Die allgemeine Wirtschaftskrisis hat auch Lübeck ergripen und zahlreiche geschäftliche Zusammenbrüche zur Folge gehabt. Mehr als 5000 Gewerbslose kennzeichnen die Lage und kommen im Haushaltssplan zum Ausdruck. Das Hauptaugenmerk ist auf Sparmaßnahmen und die Milderung der sozialen Not zu richten. Den Ausgaben von 29,6 Millionen stehen 27,7 Millionen Reichsmark Einnahmen gegenüber. Die außerordentliche Höhe des Fehlbetrages von 1,9 Millionen Reichsmark kennzeichnet den Ernst der Lage. Ein solcher Fehlbetrag darf nur vorübergehend sein, er ist nur zu ertragen, weil alles in Fluss ist. Es wäre aber auch nicht zu verantworten, die wirtschaftlichen und kulturellen Güter abzubauen. Die Wirtschaftslage verbietet Steuererhöhungen vorzuschlagen. Für 1926 bitten die Steuererhöhungen vom Reich noch Gewähr. Die Schwierigkeiten werden mit deren Bezug auf im kommenden Jahr einzusehen. Dann erhält Lübeck das Recht, Zuschläge zur Reichseinkommensteuer zu erheben. Die Tarife und Gebühren müssen den veränderten Lohn- und Preisrahmen angepaßt werden. Das gilt auch für die Friedhofsgebühren. Die Ausgaben für Beamte und Angestellte erfordern 9,6 Millionen, diejenigen für Ruhegehalte, Witwen und Waisen 1,275 Millionen, gegen 1,070 Millionen im Vorjahr. Für Wohnungsbauzuschüsse haben wir 2,2 Millionen aufgewendet. Lübeck steht damit unter allen deutschen Ländern und Städten an erster Stelle. Senat und Bürgerschaftsmehrheit wünschen, daß auch in Zukunft der Wohnungsnutzen gesteuert wird. Neue Kräfte, die sich im Wohnungsbau betätigt haben, sollen nicht zurückgewiesen werden, wenn ihre finanzielle Grundlage gut ist. Es kommen aber vor allem solche in Frage, die sich bereits zu einer Zeit bewährt und neue Wege beschritten haben, als niemand den Mut zum Boxen fand. (Zuruf links: Sehr wahr!) Für große staatliche Hochbauten fehlen leider die Mittel. Sobald es möglich ist, wird der Senat mit Vorschlägen zur Erweiterung des Krankenhauses und dem Bau einer Schwimmhalle kommen. Für Schulbauten sind 200 000 Reichsmark eingesetzt. Dem Straßenbau zur Förderung des Verkehrs und der Ausgestaltung der Häfen in Lübeck wird in der Fünfjahreszeit 65 000 RM. eingesetzt. Lübeck wird dadurch in den internationalen Flugverkehr und die Linie Malmö-Kopenhagen-Berlin einzbezogen. Die Auswendungen für kulturelle Zwecke sind beträchtlich. Für Nach- und Neubewilligungen ist 1 Million eingesetzt, es muß verachtet wer-

den, mit diesem Beitrag auszukommen. Von der Vereinfachung der Verwaltung ist nicht allzuviel zu erwarten. Ein mechanischer Bramenabbau würde unzweckmäßig sein. Manches in unserem Ausgabenkreis ist durch das Reich vorgezeichnet oder durch das Vorgehen anderer Länder bedingt, so z. B. die Vergrößerung der Seefahrtschule. Notwendig ist die Stärkung der Wirtschaft, damit sie höhere Steuerbeträge ableisten kann. Die Steuerlast ist in Lübeck noch nach wie vor drückend, doch ist sie geringer als in den meisten Städten Norddeutschlands, die zum Vergleich herangezogen werden können. Gute Beziehungen zum Ausland sind für uns von Bedeutung. In diesen Tagen wird der deutsch-schwedische Handelsvertrag erneuert. Von der schwedischen Ausfuhr im Jahre 1924 im Betrage von 405 Millionen Reichsmark gingen Waren im Wert von 104 Millionen über Lübeck. Wir werden auf Verkehrsverbesserungen Bedacht nehmen müssen. Der Ausbau der Chausseen, die Bahnverbindung Schwartau-Neustadt usw. wird zur Belebung beitragen. Die Lübeck-Linie kann ihren ganzen Schiffspark für den heimischen Hafen einsetzen. Die Kreditgewährung durch die Lübecker Kreditanstalt trägt zur Linderung der Not bei. In bezug auf die Arbeitslosigkeit steht Lübeck mit 25,7 pro Tausend gegenüber dem Reichsdurchschnitt mit 32,9 pro Tausend günstiger da. Der Redner schloß mit einem Hinweis auf die 700-Jahr-Feier und der Hoffnung, daß gemeinsame Arbeit die schwere Zeit überwinden werde.

Haut (Soz.)

kritisiert eingangs seiner Ausschüttungen auch das Verhalten des Landgerichtspräsidenten bei der Anstellung des Schwarzaer Verwaltungsanwalters. Der Präsident möge formell im Rechte sein, in moralischer Beziehung sei dessen Standpunkt nicht gerechtfertigt. Die Bürgerschaft werde sich diesen Vorfall merken. In den Ausschüssen des Herrn Senator Kaltbrenner über die Förderung der Wirtschaft habe er zu bemerken, daß seine Fraktion diesen Standpunkt teile. An einer vernünftigen Wirtschaft hat die Arbeiterschaft ebenfalls Vorteil. Der Herr Senator sagte, es befindet sich gegenwärtig alles im Fluss. Da ist es doch merkwürdig, in welcher Weise alles fließt. Vor nicht allzu langer Zeit wurde uns das Seelenbilanzversprechen, wenn wir erst wieder eine aktive Handelsbilanz hätten. Nun haben wir diese aktive Bilanz, und doch steht alles auf dem Kopf. Die Ursache liegt an dem schlechten Innemarkt. Wie können wir diesen heben? Nicht mit den Argumenten der Kapitalisten, die die Löhne abhauen wollen, sondern indem wir den Arbeitern Löhne ermöglichen, daß sie wieder fanstatisch werden. (Zuruf: Sehr richtig!) Die vorliegende Gewerbe- und Aufwertungssteuer muß der Haushaltshaushalt eingehend prüfen, sie bildet das Rückgrat unserer ganzen Finanzierung. Ebenso bedarf der Beobachter des Ausschusses zur Vorprüfung über die Gebührenrechnung für das Beamtentum einer Zutüberweisung. Wir sind durchaus mit dem Vorschlag der kostensamen Beamtentum einverstanden, doch muß der Ausschuss uns sagen, woher wir die Mittel nehmen sollen. In der Frage der Gewerbesteuer werden wir den § 2, der die Gewerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wie die Konsumvereine einschließt, ablehnen. Der Senat beruft sich bei der Gründung auf Preußen und Mecklenburg. In Preußen sind diese Genossenschaften nur durch ein Verfahren einzbezogen worden. In Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Schwerin werden sie nicht besteuert. Die Argumentation des Senats ist unberechtigt. Die Konsumgenossenschaft ist kein Gewerbebetrieb, ebenso wenig wie der Zusammenschluß der Landwirte zur Verbesserung der Milchwirtschaft und Viehzucht. Die Handwerker finden sich zu Einkaufs- und Absatzgenossenschaften zusammen, um die notwendigen Rohstoffe, Maschinen usw. billiger einzutauschen, als es dem einzelnen möglich ist. Man muß doch unterscheiden, ob der Beirat auf Profitwirtschaft eingestellt sind oder das gemeinsame Handeln zu erleichtern. Ebenso erfolgt die Bereiligung an einer Kreditgenossenschaft nicht der Dividende wegen, sondern um Kredit zu erhalten, die bankmäßig überhaupt nicht oder nur zu schwersten Bedingungen zu bekommen sind. Es handelt sich hier und hauptsächlich bei den Konsumvereinen nicht um ein kapitalistisches Prinzip. Durch gemeinsamen Einkauf im großen und Verteilung im kleinen wird gute Ware garantiert und eventuelle Ersparnis — kein Gewinn — am Jahresende zurückvergütet. Die Gewinnabsicht fehlt, also handelt es sich um kein Gewerbe. Eine ganze Anzahl Wirtschaftler teilt diesen Standpunkt, den die Gerichte vielerorts bestätigt haben, so das preußische Oberverwaltungs- und das Kammergericht, das thüringische Oberverwaltungsgericht, das oberste bayrische Landesgericht, der württembergische Verwaltungsgerichtshof und der Reichsfinanzhof in München. Dass die Aufwertungssteuer noch erhoben werden muß, bedauern wir, hoffentlich macht ihr die Hebung der Wirtschaftslage den Garaus. Im Wohnungsbau versucht man neue Methoden einzuführen. Man gründet vorerst lokale Heimstätten, denen nur Mitglieder der betriebsverbände angehören können. Und wenn der Senat glaubt, diese Verbände absolut nicht auszuschließen zu können, dann befindet er sich im Widerspruch mit den Reichsinstanzen. Das Reichsfinanzministerium erklärt, es sei unrichtig, eine neue Zersplitterung herbeizuführen, wenn nur geringfügige Mittel vorhanden seien. Heber die im Vorjahr verteilten Mittel kann sich kein ehrlich und reell dentender Mensch beklagen. Es ist eine Annahme sondergleichen, wenn die Vaterländischen Heimstätten behaupten, die Mittel seien nur für Arbeiter ausgegeben. In Lübeck wurden für alle Kreise Wohnungen beantragt, die im Abstand von 15 Metern voneinander liegen. Bei der Instandsetzung des Bunkers mieten wir 13 000 RM für die Tribünen zu streichen. Auch muß versucht werden, die Kosten für das Rathaus zu senken. Durch Angliederung an die Senatskanzlei herabzusetzen. Lächerlich gering sind die Einnahmen der Stadtgärtner im Betrage von 44 000 RM, wovon wieder 26 950 RM für Neubauten in Abrechnung kommen. Bei der Position Seejachtsschule erwarten wir noch einen Senatsantrag, der sich mit Stipendien besetzt. Unsere Haupteinnahmenquellen, die Grunderwerbs- und Umsatzsteuer sind im Ertrag um je 200 000 RM. heraufgesetzt, obwohl sie der Reichstag herabgesetzt hat. Auch die Grundsteuer soll 700 000 RM mehr erbringen. Hoffentlich erweisen sich diese Schätzungen als richtig. Die Steuerquellen sind nur durch die Hebung der Wirtschaft flüssig zu machen. Im Abstand von 19 steht heute 1 Million auf Stelle von 3 Millionen im Vorjahr. Es muß in allem

größte Sparsamkeit im Einvernehmen von Senat, Bürgerschaft und Behörden geübt werden, wenn man eine weitere Verschlechterung der Finanzen verhindern will. Durch gemeinsame Arbeit werden wir auch dieses schwierige Jahr überwinden. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

*

Somers (Vollsp.) ist der Ansicht, daß der Haushaltssplan immer noch nicht den Ernst der Sache heranschreibe. Die Behörden hätten ihn zuerst viel optimistisch erworben. Der Haushaltssplan werde weder heute noch in Zukunft durch die Bürgerschaft wesentlich geändert werden können. Alle schönen Worte seien aber in den Wind gesprochen, wenn nicht jeder am Staate Wirkende den Willen zur Sparsamkeit habe. Es dürfe auch nicht vorkommen, daß Anträge, die eine erhebliche Belastung des Staatshauses mit sich bringen, nur gestellt werden, weil sie vor dem Feind Wirkung erzielen sollen. Erfreulich sei, daß sich die Ausgaben für den Servet um 41.715 RM. vermindernd hätten. Zu bedauern dagegen, daß diese Einsparung durch die 39.000 RM. betragenden Mehrausgaben für die Bürgerlichkeit wettgemacht werde. (Zuruf: Hatt! Sie haben doch dafür gestimmt!) Der Redner führt weiter die Frage nach einer Verringerung der Zahl der Bürgerschaftsmitglieder an, die er aber schon aus politischen und persönlichen Gründen nicht befürworten könnte. Die Arbeitslosigkeit des einzelnen wäre zu groß. Bauamt und Jugendamt beschäftigten die Ressource des Staates gerächt. Es frage sich, wie eine Besserung im allgemeinen zu erzielen sei. Den Weg, den der Senat gewählt habe, könne man folgen, wenn auch der Staat selbst nicht zur Hebung der Wirtschaft tun könne. Man müsse sich auch fragen, ob nicht die Steuerpolitik von Reich und Ländern eine Ursache des Verfalls der Wirtschaft mit gewesen sei. In der Steuerfrage habe man heute noch keine Klarheit. Trotz der Forderungen gegen die Steuerabgabeburden sei seine Fraktion bereit, den Haushaltssplan anzunehmen, wünsche aber notwendige Milderungen. Ob die Gewerbe- und Wirtschaftsvereinigungen und freie Berufe Gewerbebetriebe seien oder nicht, komme gar nicht in Frage, die steuerliche Gerechtigkeit erfordere, daß der Geschäftsbetrieb besteuert werde. Auch diese Genossenschaften befallen die öffentlichen Anlagen, z. B. keine mehr als die Riesenautos des Konsumvereins, die schon an sich ein Zeichen eines blühenden Gewerbebetriebes seien. Nur eine Fiktion sei die Gewerbesteuer mit Ausnahme dieser Genossenschaften unanzuhören.

Der Redner fordert weiter rein kaufmännische Verwaltung der Staatsgüter und des Staatsvermögens. Die Frage, ob ein Staat immer auf den laufenden Mitteln basieren soll, müsse ernstlich erwogen werden. Im gegenwärtigen Staat seien allein vier Millionen Ausgaben eingelegt, deren Werte auch unseren Nachkommen zugute kommen. Eine Anleihe müsse uns von denartigen laufenden Ausgaben entlasten. Bei gemeinsamer Arbeit werde man auch weiterkommen.

Kühl (DN) sieht in den kommenden Zuschlägen zur Reichseinkommensteuer nichts Gutes für das Bürgertum. In sozialen Dingen, wie z. B. dem Ausbau des Krankenhauses, folge seine Fraktion den Vorschlägen des Senats, nicht aber, wenn er etwa mit dem Schwimmhalleprojekt kommen würde. Man habe Wichtigeres zu tun. Notwendig sei die Verwaltungsreform, von den Ausgaben für Bureaucratie könnten 10 Proz. gekürzt werden. Auf die Aufwandsentschädigung sollte die Bürgerschaft verzichten. An der Einführung der Lohnsummensteuer sei der Konsumverein schuld. Man wollte die 200-300 Angestellten treffen, nun aber treffe man die Fabrikarbeiter und Gewerbetreibenden. Wenn auch die Lübeck-Linie bis zum Herbst voll mit Frachten verkehren sei, so werde aus der Bilanz doch der Tiefelsfuss heraustragen. Die Städtischen Betriebe hätten zu hohe Tarife; diese würde man senken, lieber tragen, wenn auch die Arbeiter dort hin und wieder eine Sonderzuweisung erhalten wie der Leiter. Im übrigen sei seine Fraktion gegen jede Regierung, die der Feind des ehrlichen Handwerks sei. Beim Titel Wahlkampfamt dürfe nichts gestrichen werden. Zum Schluß fordert der Redner die Errichtung eines Aufstaurantes für Gefreiheitlich im Schlachthaus und Verpachtung des Stadttheaters. Seine Fraktion lehne die Bewilligung für das Stadttheater ab.

Dr. Geister (Hansel u. Wirtsh.) hält die angekündigten Maßnahmen für zu optimistisch gegriffen. In den wirtschaftlichen Verhältnissen sei in der nächsten Zeit ein Umsturz zu sehen, aus laufenden Einnahmen seien die Ausgaben nicht zu begrenzen, ebenso wenig wie durch eine Verwaltungsreform große Erhöhungen zu erwarten seien. Das Hauptziel seien die großen Personalausgaben. Mit historischen und Gefühlsrichtspunkten komme man nicht weiter. Die Ausgaben für die Verwaltung deklate den einzelnen Bürger weit mehr als in anderen Staaten. Wenn wir die Selbstständigkeit behalten wollen, müßten wir mehr haushalten.

Die Sitzung wird um 10 Uhr auf Mittwoch vertagt.

Reichsbahn und Radfahrer. Wie verlautet, ist den Eisenbahnbediensteten Entgegenkommen gegen Reisende mit Fahrrädern zur Pflicht gemacht worden. Da solche Reisende darüber geklagt haben, daß sie bei Auflösung ihrer Fahrräder am Radwagen der Züge bis nach Abwicklung des Radewerkes waren müßten, sind die Fahrradbesitzer angewiesen worden, die Fahrräder der Reisenden vorerst möglichst anzuhalten. Wenn der Fahrradbesitzer solche Reisende wegen der am Radwagen aufgestellten beladenen Gepäckkisten nicht sogleich wahrtreten kann, haben die bei den letzteren befindlichen Ladebuden einen Zug auf die Reisenden aufmerksam zu machen. Ein gleicher Weise ist zu verstehen, wenn Reisende sich zum Empfang ihres Fahrades am Radwagen des Zuges einfinden.

Erweiterter Gültigkeitsbereich der Sommersonderzüge. Die demnächst zusammenirende Fahrlaufkonferenz für die Sommersonderzüge wird über einen Vorschlag beraten, der den Gültigkeitsbereich der Sommersonderzüge nicht unerheblich erweitert. Nach diesem Projekt sollen die Sommersonderzugtarife Gültigkeit zur Rückfahrt von mehreren Stationen des gleichen Gebietes haben, so daß der Benutzer der Sonderzugtarife, der bestmöglich innerhalb zwei Monaten mit einem fahrplanmäßigen Zuge die Rückfahrt antreten kann, nicht an einen Tag für seinen Aufenthalt gebunden ist. Die Durchführung dieses Vorschlags würde sicherlich zur verstärkten Benutzung der beliebten Sommersonderzüge beitragen.

pb. Wegen Urlaubserfüllung und Unterschlagung wurde ein Tischler aus Wismar festgenommen

pb. Diebesgut. Anlässlich der Durchsuchung der Wohnung eines wegen Einbruchdiebstahls festgenommenen Arbeiters wurden zwei gestohlene Damestiebbezüge und ein ebenfalls geblümter Bettbezug gefunden und beschlagnahmt, weil die Sachen wahrscheinlich von Diebstählen herriethen. Der rechtzeitige Eigentümer wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei, Zimmer 9, zu melden.

Stadttheater. In den Kammerspielen geht heute abend zum zweiten Male "Der Wettslauf mit dem Schatten", das mit außerordentlichen Erfolge erstaufgeführt wurde. Von Wilhelm von Scholz in Szene. Das Werk wird am kommenden Sonnabend wiederholt, und zwar unter Aboonnement. Das Ensemblegespiel von Prof. Mat Reinhardt ist nurmehr endfällig auf den 9. April (31. Vorstellung im Freitagabonnement) festgesetzt. Als Preise kommen der hohen Unkosten wegen — Reinhardt kommt mit seinem ersten Ensemble erster prominenter Schauspieler, u. a. Sybille Binder und Thimus — Gastspielpreise (Opernpreise sind fälschlich angezeigt) in Betracht. Vorstellungen nimmt die Theaterkanzlei erlegen. Die Lohenarist-Aufführung am Sonnabend, dem 27. März, findet für die Volksbühne, nicht Deutsche Bühne, statt und der einführende Vortrag von Herrn Generalmusikdirektor Karl Mannstaedt zu "Intermezzo" am Montag, dem 29. März, nicht Freitag, dem 26. März.

Die Theaterabonnenten haben zu dem Reinhardt-Gastspiel Dienner zweier Herren am 9. April das zu Gastspielpreisen stattfindet, die Möglichkeit, sich die Eintrittskarten zum Opernpreis an der Theaterkasse zu beorgen. Die Karten müssen bis einschließlich 4. April bestellt sein.

Achtung, Schuhmacher! Ueber den Gesamtbetrieb der Firma Reinhardt Marienstraße ist wegen Nichtzahlung der tariflichen Abmachungen die Sperre verhängt.

Zentralverband der Schuhmacher, Zahnstelle Lübeck.

Ein Wort an die Eltern

Einige wenige Tage trennen uns noch von Palmsonntag. Tausende junge Menschenfinden werden die Schule verlassen. Der Schulranzen wird für immer in die Ecke geworfen. Aufzuhalt ist in den Herzen der Schulentlasser: wir sind nun frei, sind dem Letztrwang der Schule entwachsen. Zukunftsfreudig und siegesgewiss treten sie ins neue Leben.

Die Flitterstage der Schulerlassung ziehen allzu schnell vorüber. Der Junge kommt in die Fabrik zur Werk oder als Lehrling bei irgend einem Meister. Das Mädel, zu Hause bleibend, darf es nicht, es muß Geld verdienen, kommt in das Kontor, in die Schneiderei oder hinter den Ladenstisch als Verkäuferin.

Bis zur Schulerlassung hatte der Junge wie das Mädel über eine bestimmte Freizeit zu verfügen. Bei frohem Spiel konnten die Kinder täglich zusammen sein. Ganz anders ist es nun. Aus der Kindergemeinschaft sind sie jäh herausgerissen und in eine ganz andere Welt gestellt worden. Nun gibt es kein frohes, sich selbst bildendes Kinderspiel; jetzt heißt es: einfügen, unterordnen und gehorchen.

Täglich wandern eure Kinder in die Fabrik, ins Kontor oder wo es sonst sei. Acht Stunden und länger sind sie an die Arbeitsstätte gefesselt. Seltens dringt ein Sonnenstrahl durch die unheimlichen Scheiben der großen Halle. Von dem Dröhnen der Hämmer und Geröll der Maschinen sind die Räume erfüllt. Dumpf und stinkig sind die Kontore, wo stundenlang eure Töchter an der Schreibmaschine sitzen und tippen. Ja, hier ist keine Zeit für irgend ein munteres Spiel. Hier gilt es zu arbeiten und zu schaffen. Ganz anders ergeht es nach der Konfirmation den Töchtern und Söhnen des wohlhabenden Bürgertums. Diese sind nicht dazu verdammt, ins Kontor oder in die Fabrik zu gehen. Ihre Eltern haben ja die nötigen Mittel. Sie können ihren Kindern noch nach der Konfirmation ein besseres Leben angebieten lassen. Schulen und Pensionate stehen diesen Leuten immer offen.

Mit gemischten Gefühlen und voller Erwartungen geht das Proletarienkind die ersten Tage zur Arbeit. Der Umgang mit seinen Arbeitskollegen ist etwas Neues. Nach und nach lernt er seine Umgebung besser kennen. Ganz allmählich wird der gefühlsmäßig gegen das neue Verhältnis eingestellt. Bewußt hatte er noch ohne weiteres seiner neuen Umgebung eingerichtet. Doch bald kommt in ihm das natürliche Jugendliche zum Durchbruch. Er will nicht Tag für Tag immer nur arbeiten. Nein, er hat auch Antrecht auf etwas Freude, Spiel und Tanz.

Wer sie einmal gesehen hat, die großen Maschinenhallen, die dumpfen Kontorräume, der kann beurteilen, wie groß das Verlangen der Jungen ist, diejenigen Räumlichkeiten und, und sei es auch nur für einige Stunden, zu entstehen. Und schließlich sich dann das Fabriktor, so geht es heim mit dem Gedanken, heute abend recht fröhle Stunden zu verleben. Aber wie wird diese wenige Freizeit verwandt? Wie oft geht es zum Tanzsaal, in die Schankstube oder zur Gaslaterei an der nächsten Ecke. Nein, um Elektriker und Bierstübchenhocker zu werden, ist uns unsere Arbeiterjugend zu schade. Zu sehr sind wir innerlich mit dem Sozialismus verbunden, als daß wir so etwas dulden könnten.

Eure Söhne und Töchter gehören in eine fröhle Jugendgemeinschaft der Sozialistischen Arbeiterjugend hinein. In den Kreis, wo an Alltagsabenden über wichtige Dinge diskutiert werden kann, wo man sich des Sonntags durch Spiel, Tanz und heitere Abende unterhält und wo man auch, wenn schönes Wetter ist, in die freie Natur hinauswandert.

Die Kreise des Bürgertums machen große Anstrengungen, um die Schulentlasser in ihre Hand zu bekommen. Ganz besonders werben die Herren Pastoren um die Kunst der Arbeiterkinder. Doch bei uns in Lübeck verfügen wir von ihrer Tätigkeit. Christliche Junglingsvereine und deutschvölkische Jugendkorps sind keine Stätten der Proletarierjugenden und Mädel.

Auf! Führt Eure Kinder respektlos der Sozialistischen Arbeiterjugend zu. Ihr seid es der sozialistischen Bewegung schuldig.

R. Sharp

Freistaat Lübeck

Dienstag, 23. März.

Allzüglicher

"Kirche und Schule". Damit geht Herr Schorer jetzt hantieren, ancheinend ohne viel Glück. In einer öffentlichen Versammlung war nicht viel los. Damit glaubige Leute nicht in Verhübung kommen, war eine Debatte von vornherein ausgeschlossen worden. Das wird dem Sohne nicht gelungen haben, denn zu den Ausführungen des Herrn Verteidigers der Kirche ist allerlei zu sagen, nicht nur aus Eltern, sondern auch aus Lehrerfreunden. Aber die Sache könnte wohl zu gefährlich werden, daher auf keine andere Meinung.

In einer Gemeindeversammlung, in der derlebte Herr sprach, hatte man dem Vortrage wohl nicht allzuviel Bedeutungsfest geschieben, denn nach einem Singenlaß im General-Anzeiger, das bis heute nicht berichtet wurde, hat man dort einen Damenhut versteigert. Man denkt und hantet! — In einem Blatt steht ein Herr Polizei mit Recht darüber, daß an dem Volkstrauertag überhaupt Beleidigungen stattfinden dürfen, und ausgerechnet diesen Tag benutzt der Herr Amtesleiter dazu, um an seinem Gemeindefest den Hut an den Mann, Verleumdung, an die Frau zu bringen. Da denkt ich an die Schule, die einer Salien in einem Tage. Über eine sehr billige läßt die Verleumdung von Denkmälern sein. Vieles macht ein Warenhaus die Sache noch. Der Erfolg kann nicht abschließen, wenn — die Hölle kann gut in oft sind. Läßt für Lerten darüber die politische Kultur zu empfehlen sein.

Das ist ja alles Scherz. Mittunter macht die alte Kirche aber auch Ernst. Ein Fall der K. ist in der letzten Woche erzählt worden, daß ein junger Pastorett ein junges Mädchen und hinter im Auftrage ihres Liebsten den Teufel — die Mutter ist bereits tot —, das ihr Sohn der unglücklich noch weiter zur Schule geben sollte, nun aber infolge der familiären Verhältnisse die Schule schon verließ und um ein Handwerk zu lernen, nach dieses Jahr mit eingezogen wurde. Unmöglich! Der Junge hat den Konfirmationsvater nicht mindestens, Er kann im nächsten Jahr konfirmieren werden! — „Aber er soll doch in die Kirche“ — „Dann kann er von dort zum Unterricht kommen!“ — Folge: Die Familie verläßt auf die Konfirmation der Kirche. — Über den Standpunkt des Geistlichen kann man sich leicht Gedanken machen. Wie heißt es doch? Der Geistliche töte, der Geist macht lebensfähig“ — Davor ist hier nichts zu fürchten.

Interessant war im letzteren Zeit der Gedankenansturm über eine eigentlich wieder eingeschaffte Scherhaftigkeit. Die Herren wissen wohl, woher die Wucht der fröhlichen Kritik rührte. Das war ein Spatz! Ohne Rechtfertigung! — Verbiß läßt die doch am Pleze sein. Ich fürchte, noch könnte die Kirche dafür ihr schönes Bild verlieren.

Was heißt aber immer wieder aufs neue, meint der Regierungsleiter! — Das heißt den Brüder im Blute. Ueberall! — Immer wieder!

Aber wir werden die Augen offen halten

die regelmäßigen Unterricht erteilten, betrug 22, die Beucherzahl der Arbeitsgemeinschaften Vorjahr in Klammern im Sommer: 111 (10), im Herbst: 620 (499), im eben abgeschlossenen Wintersemester: 725 (49). Hierzu kamen im vorausgegangen Jahr noch 10 Sonderveranstaltungen (Vorträge, Vorführungen, Filmabende usw.), für die 100 Einzelkarten ausgegeben wurden. — Wiederbeginn der Sommerkurse Montag, den 12. April.

Beglaubigung von Rentenquittungen. Für Rentenempfänger, die während der amtlichen Dienststunden vormittags von 9—1 Uhr ihrer täglichen Beschäftigung nachgehen müssen, wird wie bisher zur Beglaubigung ihrer Rentenquittungen Zimmer 4 des Polizeiamts (Wesdeamt) auch im April d. Js. an den ersten beiden Werktagen, also am 1. und 2. April, nachmittags von 3—5 Uhr geöffnet sein. Eingang Großer Bauhof.

Achtung! Vierziglinge der Bekleidungsindustrie! Heute Dienstagabends 7½ Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Zusammenkunft für Schneider, Schneiderinnen, Busen und Kürschnerleute statt, wo die Veranstaltungen beobachtet werden sollen, die wir unserer Jugend liefern wollen. Auch können die Lehrlinge noch an der Zusammenkunft der jugendlichen Bekleidungsarbeiter und Arbeitnehmer an den beiden Osterfeiertagen in Hamburg teilnehmen. Wir fordern deshalb die Eltern auf, ihre Söhne und Töchter, die in sozialen Branchen in Frage kommen, zu uns zu senden! Bleibetria istern wie nochmals unsere jugendlichen Kolleginnen und Kollegen, die an dem Hamburger Treffen teilnehmen werden, auf, sich sofort zu melden.

Die Jugendleitung.

13. Selbstfürmliches Konzert im Gewerkschaftshaus. Das am Donnerstag, dem 25. März, stattfindende Konzert des Städtischen Orchesters bietet seinen Besuchern wieder eine prächtige Folge musikalischer Genialität. Herr Kapellmeister Reinhardt hat die künstlerische Leitung übernommen. Seine früheren Leistungen an dieser Stelle lassen ihm einen freudigen Empfang. Der Konzerttag dieses Konzertes ist für die Arbeiterschaft bestimmt. Karten sind in allen Geschäften zu kaufen, der reizvollste Preis liegt, der reizvollste kostet heute die mit der Verwaltung des Gemeinwesens verbundene, immerhin ziemlich umfangreiche Arbeitsschau nicht mehr in dem Sinne auszuführen vermögen, wie dieses die Allgemeinheit leidlich verlangen kann. Genauso wie der Staat die Kräfte eines Beamten über das ganze Jahr hinzu für verbraucht erachtet, sofern die beteiligten Geschäftsführer sich auch hier einmal die Frage vorlegen, ob es nicht an der Zeit sei, einen Wandel einzutreten zu lassen. Bei dieser Gelegenheit mögliche zugleich alles von Grund auf gezeigt werden; insbesondere an, was die Festlegung der Sprachregeln erlangt. Das durch eine anders geartete Beziehung der Kleiderpfeile in Moisling in dem gedachten Sinne höhere Kosten als bisher entstehen werden, wird nicht betrifft. Der Staat wird es andererseits aber verständig finden, daß der gegenwärtige Zustand einer modernen Verwaltung nicht entspricht und bez. es geben werden mög., dem auftretenden Orte Moisling und seiner näheren Umgebung die allergrößte Unterstüzung zu teilen zu lassen, selbst wenn damit finanzielle Opfer verursacht werden.

Ersteuerung der Behörde in Moisling. Man schreibt uns: In nächster Nähe der Stadt liegt die Ortschaft Moisling; heute ein zum Siedlungsgebiet Lübeck gehörender Bezirk. Die rund 1600 Personen zahlende Einwohnerschaft dieses Ortes gehört fast ausschließlich der arbeitenden Bevölkerung an. Zu Moisling zählt das Kästchen mit rund 100 Einwohnern. Moisling hat eine Schule, Standesamt, Polizei und Postagentur. Die Gemeindeangelegenheiten sind in die Hand eines alten Mannes gelegt, der reizvoll genug ist, um der Verwaltung des Gemeinwesens verbundene, immerhin ziemlich umfangreiche Arbeitsschau nicht mehr in dem Sinne auszuführen vermögen, wie dieses die Allgemeinheit leidlich verlangen kann. Genauso wie der Staat die Kräfte eines Beamten über das ganze Jahr hinzu für verbraucht erachtet, sofern die beteiligten Geschäftsführer sich auch hier einmal die Frage vorlegen, ob es nicht an der Zeit sei, einen Wandel einzutreten zu lassen. Bei dieser Gelegenheit mögliche zugleich alles von Grund auf gezeigt werden; insbesondere an, was die Festlegung der Sprachregeln erlangt. Das durch eine anders geartete Beziehung der Kleiderpfeile in Moisling in dem gedachten Sinne höhere Kosten als bisher entstehen werden, wird nicht betrifft. Der Staat wird es andererseits aber verständig finden, daß der gegenwärtige Zustand einer modernen Verwaltung nicht entspricht und bez. es geben werden mög., dem auftretenden Orte Moisling und seiner näheren Umgebung die allergrößte Unterstüzung zu teilen zu lassen, selbst wenn damit finanzielle Opfer verursacht werden.

Schadenerfolg durch den Angestellten. Vom Zentralverband der Angestellten wird aus geschrieben. Bei einer Firma war eine Kontrollerin angestellt, die die verkauften Waren einzupacken sah. Eines Tages kaufte eine Frau einen Hut, leichte den neuen Hut auf und ließ sich den alten Hut dann am Boden auspacken. Es wäre Sache der Kontrollerin gewesen, den entsprechenden Hut zu prüfen, ob er den Kaufpreis trägt, d. h. ob der Hut schon beschädigt ist. Das hat sie nicht getan und ist darüber damit entzückt, sie ist im gleichen Augenblick zu einer anderen Arbeit abberufen worden. Die Firma hat gestellt, daß sie nicht mehr an dem Unternehmen arbeiten darf. Der Hut vom Lohn abgesogen. Die Kontrollerin war sehr gereizt und es ist somit unverständlich. Es mag beobachtet werden, ob die Angestellten eine Verhältnis haben, oder es ist sie ein entzückendes Verhältnis. Jedermann hat die Kontrollerin einen Verhältnis, ist oder es ist sie ein entzückendes Verhältnis.

Die Firma des Bürgertums machen große Anstrengungen, um die Schulentlasser in ihre Hand zu bekommen. Ganz besonders

werben die Herren Pastoren um die Kunst der Arbeiterkinder.

Doch bei uns in Lübeck verfügen wir von ihrer Tätigkeit.

Christliche Junglingsvereine und deutschvölkische Jugendkorps sind keine Stätten der Proletarierjugenden und Mädel.

Auf! Führt Eure Kinder respektlos der Sozialistischen Arbeiterjugend zu. Ihr seid es der sozialistischen Bewegung schuldig.

R. Sharp

Schonet die Weidenkätzchen,
sie geben die erste Bienennahrung!

Reichsgesundheitswoche

In Gefahr und doch ahnungslos.

Wer sehenden Auges durch die Straßen, vor allem in den Vororten, wandert, der wird erstaunt und entsetzt sein über die zahlreichen ausgehüsteten Schleimpfropfe mittler aus Fuß und Gähwegen. Man kann beobachten, daß viele Leute achtsam draufstehen und mancher Radfahrer gedankenlos darüberfährt. Besorgen wir nun den Familienvater, der das mit Schuh und Rad unachtsam getan hat, so finden wir folgendes:

Der Familienvater kommt erschrockt nach Hause, geht durch den Korridor, in dem seine Kinder spielen, begrüßt in der Wohnung seine Frau, läßt sich hier von seinem Jungen die Schuhe von den Füßen ziehen, dem der Schuh zufällig auf die Hand fällt. Der Junge stellt die Schuhe, ohne daß die Eltern darauf achten, auf die Küchenbank, wohin das eben geholt Brod von der zehnjährigen Schwester gelegt wurde. Ahnungslos schwiebt die ganze Familie in einer großen Gefahr. Der kreisgetretene Schleimpfropf stammt nämlich von einem Tuberkulösen mit fortgeschrittenen Lungenschwäche, oder er stammt von einem anderen mit Katarach behafteten Menschen, der nach Grippe seit längerer Zeit hustet, ohne zu wissen, daß er eine angegangene Lunge hat.

Mit dem Radfahrer ist es ähnlich. Das Rad steht im Korridor bis zum nächsten Morgen oder gar in der Stube, wo sich alle, auch die Kinder aufhalten und am Rad gern herumspielen, den beschmierten Gummi angreifen und sich kurz darauf an den Mund fassen, ähnlich den Angehörigen des Familienvaters, die sich auch mit den infizierten Fingern ins Gesicht fassen oder ungezwungen sich an den Mund lecken und ihre Brustschritte in die Hand nehmen.

Man darf nicht denken, daß diese beiden Beispiele aus der Luft gegriffen sind; sie sind eigene Beobachtungen von der Straße und bei Kranken- und Wohnungsbefestigungen.

Ein anderer, oft beobachteter Fall ist der, daß eine lungengrabe Mutter ohne Kenntnis der schrecklichen Folgen beim Füttern ihres Kleinkindes, vor allem beim Vorkosten, den Kinderlöffel mit dem Essen erst selbst in oder an den Mund führt und dadurch die eigenen Zahnen darauf ihrem armen Kind mit einschlägt. Auch kann man gelegentlich auf der Straße beobachten, wie eine Mutter das Gesicht oder die schmutzigen Hände ihres Kindes in Ermangelung von Wasser oder in ihrer Verlegenheit mit ihrem mit Speichel beladenen Taschentuch reinigt. Wehe, wenn sie tuberkulös ist!

Viel häufiger sieht man aber im praktischen Leben Mütter mit der Gewohnheit, ihrem schreienden Kindchen zur Beruhigung den Gummilutscher in den Mund zu stecken, der irgendwo zu Boden gefallen oder herumgeworfen worden ist, ohne besondere Reinigung, meist nur nach oberflächlichem Abwaschen an der Küchenküche, also unter Umständen mit tuberkulazillenhaltigem Schleim in den Mund des Kindchens wandert.

Schließlich sei hierbei noch erwähnt, daß zahlreiche hustende Großtanten und -mütter, die nach Ansicht vieler zum Kinderhüten noch zu gebrauchen sind, ebenso wie manche fränkische Arbeitslose, oft eine Ansteckungsquelle bilden. Denn was oft für einen harmlosen Allerschuster und vergleichbar gehalten wird, ist erfahrungsgemäß leider nur gar zu oft, wie auch die lange anhaltenden Husten nach Grippe, eine Lungentuberkulose, die sich durch den Nachweis von Tuberkulazillen im Auswurf feststellen läßt.

Wir Erwachsenen vermögen wohl nach Kenntnis dieser Gefahren uns genügend vorzusehen und zu schützen. Ganz anders ist das beim Kind. Es muß betont werden, daß das Kind tuberkulöser Eltern in den allermeisten Fällen nicht als tuberkulös geboren, sondern erst nachträglich angesteckt wird durch die Unvorsichtigkeit oder Unkenntnis der Eltern innerhalb oder außerhalb der Wohnung.

Es gilt für alle mitzuholen, und es wird niemandes guter Wille abgesprochen. Jeder muß selber achtgeben und sich vor den Gefahren der Gesundheit hüten. Sie lauern überall. Gerade die Aufgabe der Reichsgesundheitswoche soll es sein, auf die Gefahren hinzuweisen. Sie wird es tun; sie wird es aber umsonst tun, wenn sie auf unbeherrschbare Hören trifft.

Medizinalrat Dr. Marloth, Stadtarzt in Leipzig.

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

Ahrensbot. Reichsbanner. Am Sonntag legte das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold einen Kran am Denkmal der Gefallenen nieder. Am Volkstrauertag war es durch den Brand der Mühle Otto Blohms verhindert. Der Vorsitzende Kamerad Koch gedachte auch noch des Dichters Ferdinand Freiligrath und der Märtyrgefallenen von 1848. Anschließend fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Der gesamte Vorstand wurde wieder gewählt. Die Abrechnung ergab einen Überschuss von gut 200 RM. Die Mitgliederzahl entwidete sich immer weiter nach oben, die Zahl 200 ist überschritten. Ein gutes Zeichen für Ahrensbot.

Schwartau. Selbstmord. In den Tannen bei Cleverbrück wurde der in der Berliner Straße in Cleverbrück mohnhafte Gerichtsbeamte W. vom Schwartauer Amtsgericht erhängt aufgefunden. W. war, wie der Anz. i. d. R. L. schreibt, infolge Überarbeitung bei Auwertungsfällen vor einiger Zeit tödlich zusammengebrochen und deshalb in Urlaub gegangen. Die traurige Tat ist augenscheinlich in einem Anfälle geistiger Umnachtung erfolgt.

Hansestädte

Bremen. Gattenmordprozeß. Vor dem Schwurgericht in Bremen wurde mehrere Tage ein Mordprozeß verhandelt, der durch keine Begleitumstände aufsehen erregte. Am Abend des 30. Dezember 1925 ist in den Anlagen in Bremen der Dr. Carstanjen erschossen aufgefunden worden. Seine jetzt 62-jährige Frau ist angeklagt, diese Tat begangen zu haben. Frau Carstanjen erklärt sich vor Gericht für nichtschuldig und will auch über einen vermutlichen anderen Täter nichts wissen. Die Beweisaufnahme erbrachte, daß die anfangs glückliche Ehe in den letzten Jahren durch Untreue des Mannes gestört war. Nach einem heftigen ehemaligen Streit hat Dr. Carstanjen seine Frau einmal in eine Nervenheilanstalt unterzubringen lassen, aus der sie aber nach vier Tagen wieder entlassen wurde. In dieser Zeit hat Frau Carstanjen, wie sie angibt, um sich selbst das Leben zu nehmen, einen Revolver gekauft. Über die Ereignisse des Mordtages saß sie aus, daß sie an dem Abend (Dr. Carstanjen ist gegen 11 Uhr abends erschossen worden) gegen 11 von einem Gang zum Hauptbahnhof, wo sie Briefe abgegeben habe, nach Hause gekommen sei. Die Angeklagte wurde wegen Totschlags zu einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren und zur Entzugung der Rechten des Verfahrens verurteilt.

Schleswig-Holstein

Schleswig. Hygienische Volksausstellung auf dem Jahrmarkt. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat tatsächlich auf dem jährlich genannten „Friedenmarkt“ in Schleswig, einem der größten Jahrmarkte Schleswig-Holsteins, mittler zwischen den Schaubuden ein großes Zelt errichtet, das eine kleine hygienische Ausstellung vom Dresdener Hygiene-Museum enthielt. Die Jahrmarktsbesucher wurden auf diese Weise mannigfach aufgeklärt über — Anatomie des Menschen, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Tuberkulosefürsorge, Alkoholmissbrauch, zahlreiche gewerbliche Geschlechtskrankheiten und vieles andere mehr. Das Bestreben, ein solches wissenschaftlich wertvolles Unternehmen in den Jahrmarktsraub einzugliedern, ist sehr zu begrüßen und verdient im Interesse der Volksgesundheitspflege anderswo Nachahmungen.

Neues aus aller Welt

Eine weibliche Diebesbande ist der Londoner Polizei nach achtjährigen vergeblichen Bemühungen endlich ins Garn gegangen. Diese eigenartigen Vertreter der Böschlichkeit suchten vor allem die im Zentrum gelegenen großen Warenhäuser heim und haben im Laufe ihrer achtjährigen Tätigkeit mehr als 130 Millionen Pfund Sterling zusammengestohlen.

Eine Löwenjagd wird aus Lanos gemeldet, wo am Sonntag zwei aus dem Käfig einer Wandermenagerie ausgetrocknete Löwen eine Panik unter der Bevölkerung hervorriefen. Die ganze Gendarmerie des Ortes wurde aufgeboten. Nach einer wilden Jagd gelang es, den einen Löwen einzufangen, während der andere getötet werden mußte.

Einen großen Kindersegen hat die leichte französische Volkszählung in Straßburg festgestellt. Trotzdem die Militärbesatzung sich seit 1921 um mehr als ein Drittel vermindert hat, ist die Zivilbevölkerung um 12 000 Seelen gewachsen.

Die Willens-Polarexpedition ist nach einer Meldung aus Ustka gescheitert. Die Expedition wurde von Anfang an von zahlreichen Unglücksfällen heimgesucht. Nun ist sie gänzlich ins Wasser gesunken, da auch der letzte der drei Totter-Gondeln bei einem Probestieg verunglüht ist.

Das Glashaus am Berliner Funkturm wird demnächst seiner Bestimmung übergeben werden. Augenblicklich ist man damit beschäftigt, massive Betondecken herzurichten, die in verschiedenen Höhe angebracht werden. Der Turm wird, wie nur endgültig feststeht, vier große Aussichtsplattformen erhalten, von denen je zwei dicht beieinander in etwa 60 Meter Höhe liegen, die beiden anderen in ungefähr 120 Meter Höhe. Auf der größten, die man bei dem Aufstieg zuerst erreicht, wird das Restaurant seinen Platz erhalten. Es wird außen mit Glaswänden versehen, sodass den 200 Gästen, die hier gleichzeitig bewirkt werden können, nach jeder Seite freie Aussicht bleibt. Oberhalb der beiden unteren Plattformen in etwa 60 Meter Höhe wird eine große Lichtrelieftafel angebracht. Von der höchsten Höhe des Turmes soll lediglich das sich drehende Scheinwerferlicht bemerkbar sein, das auf Anordnung des Polizeipräsidiums wegen der Gefahr für die Flieger als „Drehlicht“ eingebaut werden mußte.

Den Wert des Bubikos wird demnächst ein Berliner Gericht zu entscheiden haben. Eine Tänzerin, die von einem auswärtigen Engagement nach Berlin zurückkam, wollte sich ihr Kopftuch „nachdunkeln“ lassen. Als der Haarschlüssler mit dem Durchspulen und Durchföhnen der Haare fertig war und an das eigentliche Frisieren ging, blieben die Loden des Bubikos im Raum hängen. Die Tänzerin fiel in Ohnmacht, der Friseur geriet in Wut, den Gehilfen packte die Verzweiflung, schließlich

holte man den Partner der Künstlerin herbei. Während die Tänzerin sich mit einer prachtvollen, eben aus Paris angekommenen Perücke aus Metallfäden aufzudecken versuchte, verlangt ihr Partner Schadenersatz und fordert eine Entschädigung von 20 000 Mark.

Eine Familienstragödie hat sich in der Nacht zum Sonntag in Glauchau ereignet. Vermutlich im Zustand geistiger Amnese eines Vaters aus Metallfäden aufzudecken, verlangt ihr Partner Schadenersatz und fordert eine Entschädigung von 20 000 Mark.

Eine Freigabe des Films „Freies Volk“. Die bairische Regierung hatte im Anfang dieses Monats die Aufführung des Films „Freies Volk“ für Bayern verboten und bei der Filmoberprüfungsstelle in Berlin das Verbot des Films für das ganze deutsche Reich beantragt, weil es angeblich geeignet sei, ein falsches Bild von den Beziehungen in Deutschland zu geben und dadurch die öffentliche Meinung zu gefährden. Die Filmoberprüfungsstelle hat nun mehrere belanglose Szenen zur Aufführung für das ganze deutsche Reich einschließlich Bayern freigegeben.

Anbau von indischem Hanf

Ein neues Neujahrsgeschenk

Vor kurzem wurde in den „Mitteilungen der deutschen Hochgesellschaft“ darüber berichtet, daß es geglückt ist, auch in Deutschland den indischen Hanf — den Haschisch — anzubauen. Für die Wissenschaft ohne Zweifel ein höchst interessantes Ergebnis. Für die Allgemeinheit wird jedoch dieser „Erolg“ bedeuten, wenn man hört, daß der Anbau dieser Giftpflanze schon weit über der Bedarf für Beziehungswege hinausgediehen ist und bald noch weiter gefördert werden soll. Mit Recht weiß nun der bekannte deutsche Kaufmann — Dr. Ernst Joel, Berlin — auf die Gefahren hin, die die Einführung des Haschischgenusses in Deutschland mit sich bringen würde. Die Heilkunde selbst hat nur höchst geringes Interesse an dem Anbau des indischen Hanfes; wird er doch seit lediglich als „Zucker für das als Hühneraugenmittel verwendete Salicylcollodium“ gebraucht. Nur wird Dr. Joel nur zustimmen können, wenn er vor dem Anbau dieser Giftpflanze, der alljährlich im Orient Millionen von Menschen zum Opfer fallen, nachdrücklich warnt. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß andernfalls auch bei uns in Deutschland, wo heute schon viele Tausende und über Tausende den Teufels Morphin und Kokain huldigen, noch zahlreiche weitere blühende Menschenleben am Haschismus zugrunde gehen würden.

JUGENDWEIHE

veranstaltet von der

freireligiösen Gemeinde und dem Arbeiter-Kulturrat

am Sonntag, dem 28. März 1926

10 Uhr vormittags

in der Aula des Johanneums

Karten sind noch in beschränkter Zahl in der Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu haben

Eintritt 50 Piennig

Gewerkschaften

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftslehre. Herausgeber: Theodor Leipart. 3. Jahrg., Heft 3, 1926, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 Mari. — Im dritten Heft der „Arbeit“ wird der Versuch, die wirtschaftsorganisatorischen Voraussetzungen der Wirtschaftsdemokratie festzustellen von Prof. Dr. Paul Hermberg in einem Aufsatz „Wirtschaftsführung und Wirtschaftsdemokratie“ wieder aufgenommen. Erst Nölting analysiert den „wirtschaftlichen Sinn der Gewerkschaften“. Carl Mennicke geht in einer Auseinandersetzung mit dem Syndikalismus den Wegen nach, auf denen die Arbeiterschaft „im Interesse ihrer Kampf- und Gestaltungskraft“ im Betrieb selbst zu größerem Einfluss gelangen kann. Dr. von Unger-Sternberg weist in einem Aufsatz „Das Programm der SPD und die gegenwärtige Wirtschaftskrise“ auf Unklarheiten im wirtschaftspolitischen Teil des Heidelbergers Programms hin, an deren Stelle er andere wirtschaftsorganisatorische Forderungen erhoben will. Besondere Beachtung wird der Aufsatz von Franz Joseph Hartwangler „Der Nordbetrieb und seine Arbeiter“ finden. Die Ausführungen von Prof. Robert Michels über „Nation und Klasse“ bieten eine streng wissenschaftliche Darlegung der Bedeutung, die diese beiden Begriffe in der Geschichte der Arbeiterbewegung gewonnen haben. Die Kunsthau bringt außer einer Reihe wertpolitischer sozialpolitischer Überblicken eine große Anzahl von Beispielen wichtiger Neuerungen.

Genossenschaften

Genossenschaftliches Sparen

Der Bestand der privaten und öffentlichen Sparkassen in Deutschland am Ende des Jahres 1925 wurde auf 2½ Milliarden Mark geschätzt. Die Sparkassen der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angegeschlossenen Genossenschaften zählen am Schlusse des vergangenen Jahres einen Einlagenbestand von 82 700 669 Mark. Bei den preußischen öffentlichen Sparkassen allein waren Ende Januar 1926 die Spareinlagen von 1096,4 Millionen Mark auf 1205,3 Millionen Mark gestiegen. Die Sparkassen sind seit jener und sind auch noch heute die Banken der sogenannten kleinen Sparten, vor allem der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Diese Tatsache gibt zu einem Nachdenken darüber Veranlassung, wo die sogenannten kleinen Leute sparen, und für wen sie sparen, wenn die Geldanlage nicht nur vom

Standpunkte des Sparers, sondern auch von dem der weiteren Nutznießer der Sparsummenanlage betrachtet wird. Die Mitglieder der Konsumgenossenschaften haben es nicht schwer, die richtige Betrachtung darüber anzuwenden und daraus dann wiederum auch die richtige Nutzung zu ziehen. Die Mitglieder der Genossenschaft wollen als Verbraucher ihr Einkommen so vorteilhaft wie möglich bei der Bedarfsbedienung verwenden. Sie wollen sich selbst versorgen und nicht der privatkapitalistischen Profitwirtschaft helfen. Wenn das ja und nicht anders ist, so ist es auch folgerichtig, daß jeder Genossenschaftsmitglied, der etwas sparen kann, dies nur in der Sparkasse seines Konsumvereins tun soll. Wer durch seinen Beitrag zur Konsumgenossenschaft den Willen zur Gemeinschaft befand und betätigt hat, der kann nicht gut der kapitalistischen Privatwirtschaft Mittel zu ihrer Erhaltung und Kräftigung zuführen. Das gleicht aber, wenn Konsumgenossenschaften etwaige Spargelder in den privaten und öffentlichen Sparkassen anlegen. Spargelder bleiben bekanntlich nicht in den Schränken der Sparkassen liegen; sie werden vielmehr als verzinsbares Leihgeld in die Wirtschaft geleitet und dort je nach dem Zweck des Geldleiher verwendet.

Wer genossenschaftlich denkt und ebenso in allen Dingen sich betätigen will, der paßt auf, daß alle Spargelder genossenschaftlich, also eigenen Zwecken dienen. Alle Geldanlagen in Genossenschaftsparkassen dienen der Förderung der Gemeinwirtschaft, der Loslösung und endgültigen Besteigung von der privaten Kapital- und Gewinnwirtschaft. Sie dienen, obwohl sie zeitgemäß verzinnt und zu erforderlichen Rückzahlungen in weitem Maße bereit gehalten werden, der besseren eigenen Warenversorgung, sie können zum Ausbau der eigenen genossenschaftlichen Produktion in den Konsumvereinen und bei deren Zentralen dienen. Alle auf diese Weise angelegten Gelder kommen nur den Verbrauchern und ihren auf dem Boden der Selbsthilfe aufgebauten Unternehmungen zugute. Je reichsvoller sie unterstützt werden, desto einflussreicher und machtvoller kann sich die Genossenschaftsbewegung gegenüber der Profitwirtschaft durchsetzen und die Verbraucher zur vorteilhaften Bedarfsversorgung führen.

Neue Bücher

C. Marlit: Das Geheimnis der alten Sammell. Roman. Mit einem Nachwort von Arthur Rehbein. Universal-Bibliothek Nr. 6626—29. Heft 1,60 Mt., Band 2,40 Mt. — Dieses in die Universal-Bibliothek aufgenommene Hauptwerk der Marlit gibt die Art ihres Schaffens wieder.



Gothaer-Versicherungen.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Secretariat Johannisstr. 48/1. Telephone 242.

8-11 Uhr und 4-7 Uhr Sonntags nachmittags geschlossen.

8., 9. und 10. Distrikt. Donnerstag, den 25. März, abends 7 Uhr in der Aula der St.-Lorenz-Mittelschule (Marquardplatz) Versammlung. Vortrag des Gen. Schermer über Religion und Sozialismus. Frauen mitbringen!

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Woch. Abteilung Marlit. Am Mittwoch, dem 24. März, pünktlich 7 Uhr: Qualitätsprüfung. Alle funktionäre müssen pünktlich erscheinen. — 8 Uhr: Wichtige Mitgliederversammlung. T.O.: 1. Vortrag von Genossen Wartenauf-Woßling. 2. Wahl eines Delegierten für den Landes-Schwerpunkt-Schulrat.

Donnerstag, den 25. März: Agitationsschulung.

Freitag, den 26. März: Handfertigkeitsabend. Alle Genossen und Genossinnen müssen eingehend die Gegenstände für die Ausstellung mitbringen! Der Vorstand.

Montag, den 29. März: Wichtige Versammlung.

Di., Dienstag, den 30. März: Schulentlassfeier 8 Uhr bei Dieckmann.

Alle Mitglieder möglichst schon 7 Uhr abends da sein. Wer für solchen Besuch freit. Mittwoch, den 31. März, abends 7 Uhr im Kaffeehaus Heimatland gemeinsam mit den Konfirmanden. Mitglieder, sorgt dafür, daß die Konfirmanden und Konfirmandinnen vollständig zur Stelle sind!

Gothaer-Versicherungen

Marlit. Wichtige Versammlung am Donnerstag, dem 25. März in der 2. Schulturnhalle 14½ Uhr abends. Tagesordnung: Vortrag der Genossen Görlitz. Sozialdemokratische Frauen und das Gemeindebeziehungsamt. Wahl.

J. A.: E. Redder.

Proletarischer Sprechchor

Dienstag, den 26. März, pünktlich 8 Uhr: Probe zur Jugendweihe im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9. „Erlösung“ von Schönfeld mitbringen.

Sozialistische Kinderfreunde

Am Dienstag, dem 23. März fallen die Feierlichkeiten für Holstentor und Stadt im Jugendheim aus, anlässlich der Feier für die sozialistischen Kinder. Die Feier beginnt um 15 Uhr. Die Kinder werden gebeten, die Abteilungsfahnen vorher im Jugendheim abzugeben.

Am Mittwoch! Die Eltern der Kinder werden zu der Versammlung am Donnerstag, dem 25. März, abends 18 Uhr im Heim freundlich eingeladen.

Marielu Dohm, Vaterin.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bureau: Johannisstraße 48 II.
Adresse: Dienstraat um 10 Uhr.

Aufführung, Spielleute! Heute abend 7½ Uhr Ueben im Gewerkschaftshaus. Daniel. Zugsmannschaft! Heute abend 7½ Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus. U. a.: Vortrag des Kameraden Käring sen. über die Gemeinwirtschaft. Wir erwarten das Erscheinen aller Kameraden. Leitung.

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Jugendabteilung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Versammlung am Donnerstag, den 25. ds. Mts., abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. L. O. Vortrag des Genossen Mainz. Jeder muss kommen. Die Jugendleitung. Begegnungsraum. Mauterlehringe. Heute, Dienstag abend 7 Uhr. Modelieren und Versammlung im Gewerkschaftshaus. Der Jugendleiter.

Wetterbericht der Deutschen Geewarte

Sachdienst verboten. Vorbericht für den 23. und 24. März. Wöchige, zeitweise böige Winde aus Ost bis Nordost, noch fühl, nachts leichter Wind, meist wolkig und im wesentlichen trüb.

Wind, meist wolkig und im wesentlichen trüb.

Amtlicher Teil

Berammlung der Bürgerschaft

am Mittwoch, dem 24. März 1926, abends 6 Uhr, zur Fortsetzung der Beratung des Haushaltspans.

3741) Der Vorsitzende: Gustav Ehlers.

Verkündigung

Auf Grund des § 4 Abs. 1 Ziffer 2 und 3, sowie des § 5 der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtmittelungen vom 2. November 1923 (Reichsgesetzbl. S. 1067) ordne ich im Hinblick darauf, daß bei der Durchführung des nachstehend genannten Kartellvertrages in volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Weise die Preise generiert und hochgehalten werden und daß letztere des Kartells jener Spezies oder Nachteile von ähnlicher Bedeutung ohne die nach § 9 Kart. V. erforderliche Genehmigung verbürgt wurden, hiermit an, was folgt:

1. jedes Mitglied der Freien Vereinigung der Kaufleute Lübeck e. G., in Lübeck ist, in jederzeit früher den drei Vereinigung zu Grunde liegenden Kartellvertrag (Sagano) vom 15. Januar 1926 folgen oder von der Beißlissen dieser Vereinigung zurücktreten; 2. mir in Abdruck aller der Durchführung des Kartellvertrages vom 15. Januar 1926 die nenden Vereinbarungen, Beschlüsse und Verfügungen einzurichten; 3. die Polizei, Abdruck aller zur Durchführung eines Kartellvertrages getroffenen Vereinbarungen, Beschlüsse und Verfügungen mit einzutreten, und die Anordnung, daß diese Maßnahmen erst nach Zugang der Abdrücke an mich in Kraft treten, gilt auch für zukünftige Verträge und Beschlüsse der in § 1 der Kart. V. bezeichneten Art, soweit sie den Verträge mit Kaufleuten betreffen, be denen die in Ziff. 1 die er Bekanntmachungen angeführten Personen und Personen, nämlich oder in grösster Anzahl bestrengt sind oder deren Personen in leitender Stellung Verwendung finden, die sich bei der Freien Vereinigung der Kaufleute Lübeck in dieser Eigentümlichkeit befinden.

Berlin, den 29. März 1926.

Der Reichswirtschaftsminister
Gustav Stresemann

3725)

Im Mittwoch, dem 24. März 1926, vorab 11 Uhr, wird der Kaufmann Carl Groß vom Hamburger Polizei 1^o wegen seiner Reise von Seehafen Harbour nach Kopenhagen und von Kopenhagen nach Berlin (Schlesien) im Gerichtshause, Zimmer 9, Verhörung obliegen.

3740) Vorsitzender Lübeck.

Zwangsvorsteigerung

Zum Zwecke der Auflösung der Erbengemeinschaft soll das im Grundbuche von Lübeck, St. Jürgen Blatt 743, auf den Namen des Dr. med. Edward Wilhelm Adolf Siemers in Lübeck eingetragene Grundstück Antonistraße 4, groß 3 a 53 qm

am Dienstag, dem 11. Mai 1926, vormittags 11½ Uhr,

durch das unterzeichnende Gericht am Gerichtsstelle in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 9, versteigern werden.

Es ergibt die Aufforderung, gleiche Kosten für den Betrieb der Einrichtung des Versteigerungsgerichtes am 11. März 1926 aus dem Grundstück zu erfüllen, waren während der Versteigerung der Betrieb zu unterlassen und, wenn der Betrieb ununterlassbar und, wenn der Gläubiger willens ist, gleichzeitig zu weiteren Ausdrucksstellen für den Betrieb der Versteigerung, gleichermaßen bei der Aufführung des gezeigten Gebotes nicht bestrebt ist und bei der Aufführung des Gebotes bestrebt ist, den Betrieb des Versteigerungsgerichtes dem Gläubiger und den anderen Gläubigern zu überlassen. Der Betrieb wird durch die Gläubiger bestrebt, welche die zu prädigen am 11. März, für welche der Versteigerung am Zeit der ersten Prädikungszeit des Versteigerungsgerichtes, am 11. März 1926, bereits bestrebt waren.

Dieselben welche am der Versteigerung erzogenen Gebote werden aufgefordert, vor der Aufführung des Gebotes die Aufführung der erforderlichen Eröffnung des Verfahrens herbeizuführen, wodurch für das Recht der Versteigerungssachen an die Stelle des versteigerten beigebrachte wird.

Lübeck, den 16. März 1926.

Das Amtsgericht, Abteilung II.

Arbeiter-Sport

Freier Wissenschaftsverein Lübeck. Versammlung am Mittwoch, dem 24. März, abends 7½ Uhr im Arbeiter-Sportheim, Sünderstraße 41. C. V. Arbeiter-Turn- und Sports-Bund. Fußballsparte. Alle Gesellschaftsspiele für Männer müssen sofort dem Spielausschuss gemeldet werden. Es wird weiterhin daran erinnert, dass Spiele zwischen den Vereinen von Bezirk und Kreisliga ebenfalls genehmigt sein müssen. Vereinste gegen diese Bestimmung werden mit Strafe belegt. Alle für den Sportverein geltende Bestimmung müssen von jetzt an nach der Schönhauser Straße zu prüfen.

Arbeiter-Hafahrer-Verein „Solidarität“, Ortsgruppe Lübeck. Das Hauptsfest der Gane 4, 5, 6 und 10 findet dieses im Konzerthaus zu Hannover statt.

Schiffsnachrichten

Abfahrt-Linie Allgemeine Gesellschaft.

Dampfer Riga, Kapit. H. Boese, ist am 21. März morgens 1 Uhr in Körnerhundt angelkommen.

Dampfer Lübeck, Kapit. B. Edler, passierte auf der Reise von Constanze nach Ropenbrück am 21. März nachmittags den Nord-Ostsee-Kanal.

Angelaemere Schiffe

D. Otto Topp 27, Kapit. Bartels, von Stettin, Stückgut, 2½ Tg. — D. Mira, Kapit. Wilberg, von Hongkong, Stückgut, 3 Tg. — S. Helene, Kapit. Lütje, von Burgstaaten, leer, 5 Std.

Übergangene Schiffe

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

Lübeck-Wismarer Dampfschiffahrtsgesellschaft. Dampfer Bürgermeister Eschenburg, Kapit. H. Burmeister, ist am 21. März 7 Uhr abends in Altona-Elbe angekommen.

22. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

23. März.

D. Otto Topp 27, Kapit. Bartels, von Stettin, Stückgut, 2½ Tg. — D. Mira, Kapit. Wilberg, von Hongkong, Stückgut, 3 Tg. — S. Helene, Kapit. Lütje, von Burgstaaten, leer, 5 Std.

24. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

25. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

26. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

27. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

28. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

29. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

30. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

31. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

32. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

33. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

34. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

35. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

36. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

37. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

38. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

39. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

40. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

41. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

42. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

43. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

44. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn und Grete Kiehn, nach Kiel, leer. — D. Windau, Kapit. Hollmann, nach Lübeck, Stückgut. — S. Marika, Kapit. Bruhn, nach Kielhus, 5 Std.

45. März.

D. Odix, Kapit. Kjøng, nach Kiel, leer. — Geeschl. D. Karl Kiehn, Kapit. Bröder, im Schiffs mit leichter Wilma Kiehn